

---

**Vorsitz: Polen****1360. PLENARSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES**

1. Datum: Donnerstag, 3. März 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)  
  
Beginn: 10.05 Uhr  
Unterbrechung: 13.10 Uhr  
Wiederaufnahme: 15.00 Uhr  
Schluss: 16.25 Uhr
  
2. Vorsitz: Botschafter A. Hałaciński  
Botschafter M. Czapliński

Vor Eintritt in die Tagesordnung sprach der Vorsitz im Namen des Ständigen Rates der Familie der lokalen Personalangehörigen der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine, Maryna Fenina, die am 1. März 2022 bei dem Beschuss von Charkiw (Ukraine) getötet wurde, sein Beileid aus. Anschließend hielt der Rat eine Schweigeminute.

Vorsitz, S. Suchomlyn (Bürgermeister von Schytomyr (Ukraine)),  
Internationales Komitee vom Roten Kreuz, Russische Föderation (Anhang 1),  
Sonderbeauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE in der Ukraine  
und in der Trilateralen Kontaktgruppe (Anhang 2)

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: DIE FORTGESETZTE AGGRESSION DER  
RUSSISCHEN FÖDERATION GEGEN DIE  
UKRAINE

Ukraine (PC.DEL/349/22), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, San Marino und der Ukraine) (Anhang 3), Kanada

(Anhang 4), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 5) (PC.DEL/331/22), Vereinigtes Königreich (Anhang 6), Türkei (Anhang 7), Albanien (Anhang 8), Montenegro (Anhang 9), Schweiz (PC.DEL/342/22 OSCE+), Island (Anhang 10), Georgien (Anhang 11), San Marino (Anhang 12), Andorra (Anhang 13), Slowenien (Anhang 14), Norwegen (Anhang 15), Bosnien und Herzegowina (Anhang 16), Belarus (PC.DEL/340/22 OSCE+), Frankreich, Japan (Kooperationspartner) (Anhang 17), Generalsekretärin, Russische Föderation, Lettland (Anhang 18), Parlamentarische Versammlung der OSZE (PA.GAL/10/22 OSCE+)

Punkt 2 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

*Verbrechen der Ukraine gegen die Zivilbevölkerung und die nicht hinnehmbare Reaktion der westlichen Länder auf die militärische Spezialoperation: Russische Föderation (Anhang 19), Vorsitz, Vereinigte Staaten von Amerika, Frankreich – Europäische Union, Ukraine, Norwegen, Kanada (Anhang 20), Vereinigtes Königreich, Deutschland*

Punkt 3 der Tagesordnung: BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN

- (a) *Telefongespräch des Amtierenden Vorsitzenden mit dem Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, S. E. A. Blinken, am 17. Februar 2022: Vorsitz*
- (b) *Telefongespräch des Amtierenden Vorsitzenden mit der Generalsekretärin der OSZE, I. E. H. M. Schmid, am 20. Februar 2022: Vorsitz*
- (c) *Treffen des Amtierenden Vorsitzenden mit dem NATO-Generalsekretär, J. Stoltenberg, am 22. Februar 2022: Vorsitz*
- (d) *Treffen des Amtierenden Vorsitzenden mit dem Minister für auswärtige Angelegenheiten der Ukraine, S. E. D. Kuleba, am 24. Februar: Vorsitz*
- (e) *Telefongespräche des Amtierenden Vorsitzenden mit der Außenministerin des Vereinigten Königreichs, I. E. L. Truss, der Ministerin für auswärtige Angelegenheiten von Kanada, I. E. M. Joly, und dem Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, S. E. A. Blinken, am 25. Februar 2022: Vorsitz*
- (f) *Rede des Amtierenden Vorsitzenden bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE am 24. Februar 2022: Vorsitz*
- (g) *Telefongespräche des Amtierenden Vorsitzenden mit der Ministerin für auswärtige Angelegenheiten von Norwegen, I. E. A. Huitfeldt, und dem Minister für auswärtige Angelegenheiten von Japan, S. E. Y. Hayashi, am 26. Februar 2022: Vorsitz*

- (h) *Telefongespräch des Amtierenden Vorsitzenden mit der Ministerin für auswärtige Angelegenheiten von Australien, I. E. M. Payne, am 1. März 2022: Vorsitz*
- (i) *Treffen des Amtierenden Vorsitzenden mit der Bundesministerin des Auswärtigen von Deutschland, I. E. A. Baerbock, und dem Minister für Europa und auswärtige Angelegenheiten von Frankreich, S. E. J.-Y. Le-Drian, im Rahmen des Weimarer Dreiecks unter Beteiligung des Ministers für auswärtige Angelegenheiten der Ukraine, S. E. D. Kuleba, über Video-Konferenz am 1. März 2022 in Łódź: Vorsitz*
- (j) *Telefongespräch des Amtierenden Vorsitzenden mit dem Bundespräsidenten der Schweiz, S. E. I. Cassis, am 2. März 2022: Vorsitz*
- (k) *Erklärung des Amtierenden Vorsitzenden vom 17. Februar 2022 zu Berichten über den Beschuss eines Kindergartens im Gebiet von Stanyzja Luhanska: Vorsitz*
- (l) *Gemeinsame Erklärung des Amtierenden Vorsitzenden und der Generalsekretärin der OSZE, I. E. H. M. Schmid, über die beträchtliche Zunahme bewaffneter Gewalt in der Ostukraine und ein Aufruf zur De-escalation am 18. Februar 2022: Vorsitz*
- (m) *Gemeinsame Erklärung des Amtierenden Vorsitzenden, der Generalsekretärin der OSZE, I. E. H. M. Schmid, und des Generalsekretärs der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, S. E. R. Montella, zur Anerkennung bestimmter Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk durch die Russische Föderation unter Verletzung des Völkerrechts und der grundlegenden OSZE-Prinzipien, die entgegen der Minsker Vereinbarungen erfolgte, vom 22. Februar 2022: Vorsitz*
- (n) *Gemeinsame Erklärung des Amtierenden Vorsitzenden und der Generalsekretärin der OSZE, I. E. H. M. Schmid, zur Verurteilung des militärischen Vorgehens Russlands gegen die Ukraine, vom 24. Februar 2022: Vorsitz, Russische Föderation, Ukraine, Lettland (Anhang 21), Frankreich – Europäische Union, Schweden, Frankreich, Nordmazedonien*

Punkt 4 der Tagesordnung: **BERICHT DER GENERALSEKRETÄRIN**

keine

Punkt 5 der Tagesordnung: **SONSTIGES**

*Aktivierung des Moskauer Mechanismus, um sich mit den menschenrechtlichen und humanitären Auswirkungen der russischen Invasion und der Kriegshandlungen Russlands gegen die Ukraine zu befassen: Kanada (auch im Namen von Albanien, Andorra, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Monaco, Montenegro, den Niederlanden, Nordmazedonien, Norwegen, Österreich, Polen,*

Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, der Schweiz, Serbien, der Slowakei, Slowenien, Spanien, der Tschechischen Republik, der Türkei, Ungarn, dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten von Amerika und Zypern (Anhang 22), Vereinigtes Königreich (Anhang 23), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 24), Ukraine (Anhang 25), Russische Föderation (Anhang 26), Frankreich – Europäische Union, Kanada (Anhang 27)

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 10. März 2022, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

---

**1360. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1360, Punkt 2

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

zunächst möchte ich Ihnen und allen leitenden Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern, die am Kopfende des Tisches sitzen, unseren kategorischen Protest gegen die Handlungen übermitteln, die Sie, Herr Vorsitzender, einseitig und willkürlich und unter Missachtung aller Regeln unternehmen. Wer hat Ihnen das Recht gegeben, Dinge zu sagen, wie die OSZE existiere in ihrer bisherigen Form nicht mehr? Wir alle, auch die Russische Föderation, haben Polen die Rechte des amtierenden Vorsitizes übertragen, jedoch nicht, um ein Beschlussfassungsorgan, den Ständigen Rat, in eine Jahrmarktsbude und eine politische Show zu verwandeln.

Erlauben Sie mir auch, unsere kategorische Ablehnung des von Ihnen heute bekanntgegebenen Wortlauts des ersten Tagesordnungspunkts zu bekunden, der absichtlich nicht konsensfähig formuliert wurde, nicht die Meinungen aller Teilnehmerstaaten unserer Organisation berücksichtigt und offen auf Konfrontation ausgerichtet ist. Wieder einmal hat der Vorsitz keinerlei Versuche unternommen, sich mit den OSZE-Teilnehmerstaaten auf einen konsensbasierten Wortlaut zu einigen, wie es die von den Außenministerinnen und Außenministern 2006 verabschiedete Geschäftsordnung, verlangt. Ich werde nicht näher auf die konkrete Bestimmung eingehen. Das Abweichen von einer auf Konsens beruhenden Arbeitsweise verstößt auch gegen das Mandat des amtierenden Vorsitizes, wie es im Ministerratsbeschlusses von Porto 2002 verankert ist. Wir bestehen erneut entschieden darauf, dass der amtierende polnische Vorsitz zur Einhaltung der Regelwerke zurückkehrt.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates als Anhang beizufügen.

**1360. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1360, Punkt 2

**ERKLÄRUNG  
DES SONDERBEAUFTRAGTEN DES  
AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER OSZE IN DER UKRAINE  
UND IN DER TRILATERALEN KONTAKTGRUPPE**

Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Damen und Herren Botschafter,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich danke Ihnen für die Einladung, im Ständigen Rat der OSZE zu sprechen. Ich tue dies heute weniger in meiner Eigenschaft als Sonderbeauftragter in der Trilateralen Kontaktgruppe (TKG), sondern vielmehr als Sonderbeauftragter in der Ukraine.

Wie wir bereits von anderen Rednerinnen und Rednern gehört haben, gibt es viele dringende Fragen.

Heute möchte ich jedoch die Aufmerksamkeit auf die besorgniserregende humanitäre Lage und das zunehmende Leid der Zivilbevölkerung in der Ukraine lenken. Meine Kolleginnen und Kollegen im Büro des Sonderbeauftragten und ich erhalten immer mehr besorgte Anrufe und E-Mails von Menschen, die in verschiedenen Teilen der Ukraine leben.

„Die Lage bei der medizinischen Versorgung ist schwierig; ich habe noch keine offene Apotheke gefunden. Lebensmittelmärkte sind halbleer, fast leer; das größte Problem ist jetzt das Brot, es gibt riesige Warteschlangen, doch es ist immer noch möglich, Lebensmittel zu finden. Fleisch und Huhn sind auch ein Problem.“ Diese Nachricht aus einem Vorort Kyjiws erreichte uns gestern.

Ich danke dem Vorsitzenden, dem OSZE-Vorsitz, der Generalsekretärin und dem OSZE-Sekretariat für ihre Bemühungen und ihre Aufmerksamkeit für die humanitäre Lage.

Zunächst jedoch möchte ich eine selbstverständliche Tatsache festhalten: Das reguläre, im Voraus anberaumte Treffen der Trilateralen Kontaktgruppe fand gestern, am 2. März, nicht statt. In der derzeitigen Lage war es natürlich nicht möglich, das Treffen abzuhalten.

Was die Trilaterale Kontaktgruppe betrifft, lautet meine Botschaft: Die TKG ist, ähnlich wie das Normandie-Format, eine bereits bestehende Plattform. Die Trilaterale Kontaktgruppe steht nach wie vor und auch weiterhin als mögliches Forum für zukünftige Erörterungen zur Verfügung.

Herr Vorsitzender,

nun zu den humanitären Fragen.

Der von Präsident Putin begonnene Krieg dauert nun schon acht Tage an.

Die Gefahr einer humanitären Katastrophe nimmt zu. Es scheint, dass die gezielten Angriffe auf Städte, Zivilpersonen und zivile Infrastruktur zunehmen. Alle diese Handlungen sowie der Einsatz unverhältnismäßiger Gewalt oder unterschiedslos wirkender Waffen können als Kriegsverbrechen angesehen werden. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass der Internationale Strafgerichtshof Ermittlungen wegen möglicher internationaler Verbrechen, die in der Ukraine begangen wurden, eingeleitet hat. Sowohl Russland als auch die Ukraine müssen ihre Verpflichtungen aus dem humanitären Völkerrecht einhalten.

Die humanitäre Krise verschärft sich und der Bedarf an humanitärer Hilfe steigt in den Städten, in denen Kampfhandlungen stattfinden. Die reguläre Wasser- und Stromversorgung ist seit Längerem unterbrochen. In Hostomel, Irpin und Butscha (Städte westlich von Kyjiw) werden Lebensmittel und Medikamente knapp; die Lieferketten sind unterbrochen und es gibt keine humanitären Korridore für die Zivilbevölkerung. Kyjiw steht am Rande einer Nahrungsmittelkrise. Viele Städte in der Ukraine, die angegriffen oder belagert werden, sind in einer ähnlichen Lage. Das Problem der Medikamentenknappheit für die Bevölkerung wird dringender; insbesondere Insulin ist in ukrainischen Apotheken nur begrenzt erhältlich. All das hat den Massenexodus von Flüchtlingen in die Nachbarländer noch verstärkt.

Dem dringenden Appell der Vereinten Nationen von gestern zufolge werden in den kommenden Monaten 12 Millionen Menschen in der Ukraine humanitäre Hilfe benötigen.

Der Wille zu helfen ist dabei nicht das Problem. Verschiedene Regierungen, private Unternehmen, nichtstaatliche Organisationen und Millionen Menschen wollen den Menschen in der Ukraine helfen. Die Bereitstellung von Mitteln ist meiner Meinung nach derzeit nicht die größte Herausforderung.

Um ein Beispiel für eine unserer größten Herausforderungen zu nennen: gestern freuten sich Hilfeleistende aus Finnland darüber, dass es ihnen gelungen war, eine große Hilfslieferung nach Polen zu bringen. Hier stellt sich mir die Frage: Kommt diese Hilfe tatsächlich an? Soll heißen: Wird diese Hilfe die Ukraine erreichen, wird sie systematisch und professionell an die Menschen in Not verteilt? Viele Geber stehen vor dem gleichen Problem.

Es ist klar, dass diese Situation nicht denjenigen angelastet werden kann, die Hilfe bereitstellen. Und auch nicht den Hilfeleistenden. Die Hilfeleistenden sind vor Ort und willens zu helfen. Aufgrund des eskalierenden Kriegs können sie jedoch ihre wichtige Arbeit derzeit nicht leisten. Die Sicherheit der humanitären Helferinnen und Helfer muss

gewährleistet sein, damit sie zu den Hilfsbedürftigen gelangen können. Dafür brauchen wir humanitäre Korridore.

Mit anderen Worten und allgemeiner gesprochen, ist die Forderung nach einer Waffenruhe und humanitären Korridoren eine humanitäre Notwendigkeit, um die Evakuierung und sichere Durchfahrt von Zivilpersonen und Hilfslieferungen zu ermöglichen.

Die Zeitung *Nowaja Gaseta*, deren Chefredakteur Dmitrij Muratow 2021 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, schrieb über die sich entwickelnde humanitäre Krise:

„Eine Waffenruhe. Unverzüglich.

Nur darüber kann verhandelt werden.

Waffenstillstand.

Eine humanitäre Katastrophe verhindern. Zivilisten retten. Humanitäre Korridore schaffen. Kinder und Alte herausschaffen.

Die Verwundeten retten. Gefangene austauschen.

Die Toten begraben.

Alles andere kommt danach.“

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.



---

**1360. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1360, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER VERTRETERIN DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Frankreichs übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

Herr Vorsitzender,

wir begrüßen Ihre Entscheidung, Russlands vorsätzliche, grundlose, ungerechtfertigte und brutale Invasion der Ukraine als Schwerpunkt auf die heutige Tagesordnung des Ständigen Rates zu setzen. Es ist nicht die Zeit für „business as usual“. Der Angriffskrieg, der von Russland losgetreten und von Belarus unmittelbar unterstützt wurde, stellt einen Wendepunkt in der Geschichte unseres Kontinents dar.

Wir sollten uns jetzt keinen Illusionen hingeben. Dies ist ein regelrechter Krieg, der von einem Aggressor, Russland, unter direkter Beteiligung des Lukaschenka-Regimes in Belarus als Mitaggressor gegen einen unabhängigen und souveränen Nachbarstaat, die Ukraine, geführt wird. Die Europäische Union unterstützt nachdrücklich das naturgegebene Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen. Weder unverfrorene Lügen hier oder in anderen internationalen Foren, noch Desinformations- und Propagandakampagnen können die hässliche Wahrheit verbergen: Russland hat beschlossen, den größten Angriffskrieg in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg zu führen. Unter klarer und grober Verletzung des Völkerrechts, der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Acquis der OSZE.

Der vorsätzliche Beschuss ziviler Ziele ist beschämend, verwerflich und völlig inakzeptabel. Er verstößt gegen das Völkerrecht und das humanitäre Völkerrecht, einschließlich des Kriegsrechts. In den vergangenen Tagen hat Russland die ukrainischen Städte Charkiw, Cherson, Mariupol, Tschernihiw und die Hauptstadt Kyjiw bombardiert. Die katastrophalen Auswirkungen auf die europäische und globale Sicherheit und Stabilität sind das Werk Russlands. Russland trägt die volle Verantwortung für diesen Akt der Aggression und all die Zerstörung und den Verlust an Menschenleben, die er verursacht. Wir begrüßen die Entscheidung des Anklägers des Internationalen Strafgerichtshofs, Ermittlungen wegen möglicher Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Ukraine einzuleiten. Die Verantwortlichen müssen und werden für ihre Taten zur Verantwortung gezogen werden.

Täuschen Sie sich nicht: das ist der Krieg von Präsident Putin, der bedauerlicherweise vom Regime Lukaschenkas in Belarus aktiv unterstützt wird. Die Propaganda des Kremls und die Schaffung einer falschen alternativen Wirklichkeit haben Russland in den Krieg geführt. In vielen Städten in ganz Russland wird gegen den Krieg protestiert. Insgesamt wurden seit dem 24. Februar bei verschiedenen Protestaktionen gegen den Krieg mehr als 6 500 Personen festgenommen. Die russischen Gerichte verhängen fünf bis 30 Tage Haft oder hohe Geldstrafen gegen die Protestierenden. Für eine Petition zur Beendigung des Krieges von Putin wurden bisher über eine Million Unterschriften gesammelt. In einer Gesellschaft, in der das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Medienfreiheit unterdrückt werden und jegliche Opposition als ausländisch, extremistisch und sogar terroristisch verteufelt wird, herrscht Angst. Doch es gibt auch den Mut, gegen den Krieg aufzustehen. Trotz der Orwell'schen Forderungen von Roskomnadsor, jede Erwähnung des Krieges gegen die Ukraine zu zensieren, muss und wird sich die Wahrheit durchsetzen.

Wir verurteilen die aktive Beteiligung des Regimes von Lukaschenka an der gegenwärtigen Aggression gegen die Ukraine, auf die eine angemessene Reaktion erfolgen wird. Die Europäische Union hat Belarus wiederholt aufgefordert, die russische Aggression nicht mitzutragen und seine internationalen Verpflichtungen einzuhalten. Vergebens. Es ist kein Zufall, dass das Regime am 27. Februar, vor dem Hintergrund weit verbreiteter Menschenrechtsverletzungen und brutaler Unterdrückung in der gesamten belarussischen Gesellschaft und inmitten von Protesten gegen den Krieg, ein Pseudo-Verfassungsreferendum abgehalten hat. Die Streichung des Verweises auf den nichtnuklearen Status von Belarus in Artikel 18 der Verfassung ist nur ein weiterer Teil des bestürzenden Gesamtbilds aus eskalierenden und rechtswidrigen Aktionen des Regimes.

Wir fordern, dass Russland seine Feindseligkeiten unverzüglich einstellt, alle Streitkräfte und militärische Ausrüstung bedingungslos aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abzieht und die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und Hoheitsgewässer uneingeschränkt achtet. Russland muss das humanitäre Völkerrecht und das Kriegsrecht achten und seine Angriffe auf dicht besiedelte Gebiete und kritische Infrastruktur beenden. Im Zusammenhang damit begrüßen wir die gestern mit überwältigender Mehrheit verabschiedete Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen, in der die Aggression Russlands gegen die Ukraine verurteilt wird. Wir fordern Russland auf, seine Desinformationskampagne und seine Cyberangriffe einzustellen. Wir weisen die russischen Andeutungen, die auf einen möglichen Rückgriff auf den Einsatz von Massenvernichtungswaffen anspielen, kategorisch zurück.

Die Europäische Union beklagt den tragischen Verlust von Menschenleben und das Leid der Menschen in der Ukraine und ist solidarisch mit all jenen, deren Leben durch den Krieg Putins in Mitleidenschaft gezogen wurde, insbesondere mit den besonders gefährdeten Gruppen, wie Frauen, Kindern und älteren Menschen. Ihre Rechte müssen jederzeit gewahrt bleiben und es ist sicherzustellen, dass sich diejenigen, die diese Rechte in irgendeiner Weise verletzen oder missbrauchen, dafür zu verantworten haben. Die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR) hat am Montag bestätigt, dass seit Beginn der russischen Feindseligkeiten in der Ukraine mindestens 102 Zivilpersonen, darunter sieben Kinder, getötet und 304 weitere verletzt wurden, und hat darauf hingewiesen, dass die tatsächlichen Zahlen wahrscheinlich wesentlich höher sind. Nach Angaben des

UNHCR sind bereits eine Million Menschen vor dem Krieg in der Ukraine in Nachbarländer geflohen. Seit unserem letzten Treffen haben mehr als 800 000 Menschen die gemeinsame Grenze nach Polen, Ungarn, in die Slowakei und nach Rumänien überschritten. Die Europäische Union arbeitet auf allen Ebenen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, mit der Ukraine und der Republik Moldau daran, dass die sichere Ankunft der Angehörigen von Drittstaaten erleichtert wird.

Die Europäische Union bekräftigt ihre unerschütterliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen. Wir fordern alle Länder auf, die rechtswidrige Annexion der Halbinsel Krim durch Russland im Jahr 2014 sowie die zwei selbsternannten separatistischen Einheiten in der Ukraine weder anzuerkennen noch diese zu fördern oder in irgendeiner Weise zu unterstützen. Die Europäische Union hat auf das rechtswidrige, ungerechtfertigte und verwerfliche Vorgehen Russlands rasch und entschieden mit der Verabschiedung restriktiver Maßnahmen reagiert. In den vergangenen Tagen haben wir in enger Abstimmung mit unseren Partnern und Verbündeten weitere harte Maßnahmen gegen wichtige russische Einrichtungen und Banken sowie die Drahtzieher dieses Krieges, darunter Präsident Putin, verabschiedet. Dazu gehören das Verbot des Überflugs des Luftraums der Europäischen Union und des Zugangs zu den Flughäfen der Europäischen Union für russische Fluggesellschaften aller Art und ein Verbot von Transaktionen mit der russischen Zentralbank. Wir werden auch unsere Koordinierung gegen die Desinformation und andere Formen der hybriden Kriegsführung verstärken. Als Reaktion auf die unprovokierte und ungerechtfertigte militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine hat sich die Europäische Union auch auf ein weiteres Paket individueller und wirtschaftlicher Maßnahmen, die auch Belarus betreffen, geeinigt. Die Europäische Union hat ferner beschlossen, der Ukraine über die Europäische Friedensfazilität humanitäre Soforthilfe zu leisten und den ukrainischen Streitkräften Ausrüstung und Material zukommen zu lassen.

Im Einklang mit den Kernprinzipien der OSZE sind wir der festen Überzeugung, dass Konflikte durch Dialog und Verhandlungen gelöst werden müssen. Daran darf kein Zweifel bestehen. Die demokratische Welt wird alle Verantwortlichen für diesen Krieg und all jene, die das Kriegsrecht und das humanitäre Völkerrecht verletzen, zur Rechenschaft ziehen. Die Anwendung von Gewalt und Zwang zur Veränderung von Grenzen hat im einundzwanzigsten Jahrhundert keinen Platz. Die Europäische Union wird weiterhin eng mit ihren Nachbarn, Verbündeten und Partnern zusammenarbeiten und bekräftigt, dass sie die Souveränität und territoriale Unversehrtheit Georgiens und der Republik Moldau uneingeschränkt unterstützt und sich für sie einsetzt.

Herr Vorsitzender, das ukrainische Volk hat die mutige und freie Entscheidung für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit getroffen. Und heute leistet es erbitterten und heldenhaften Widerstand. Es verteidigt sein Land und seine Würde. Seine Freiheit und seine Menschen. Seine Souveränität, seine territoriale Unversehrtheit und Unabhängigkeit. Seine Demokratie. Der Angriff gilt auch der Menschenwürde, Freiheit und Demokratie von ganz Europa, die vom ukrainischen Volk verteidigt werden. Deshalb erachtet es die Europäische Union als ihre moralische und politische Pflicht, sich dieser historischen Herausforderung zu stellen. Die regelbasierte internationale Ordnung zu verteidigen. Das Völkerrecht und die OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen zu verteidigen. Die Europäische Union wird auch weiterhin geschlossen und solidarisch zur Ukraine stehen. Wir werden weiterhin an der Seite

des ukrainischen Volkes und seiner demokratisch gewählten Institutionen und Vertreterinnen und Vertreter stehen. Auf der richtigen Seite der Geschichte.

Abschließend möchten wir den tapferen Beobachterinnen und Beobachtern der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine (SMM), die in den letzten Tagen unter außergewöhnlich harten Umständen gearbeitet haben, von ganzem Herzen danken, insbesondere die Teams im Osten und in Kyjiw, die unter bedrohlichen Umständen evakuiert werden mussten. Wir betrauern den Tod einer lokalen Angestellten des Teams der SMM in Charkiw. Wir fordern Russland auf, die Sicherheit der SMM zu gewährleisten und die ungehinderte Evakuierung ihres verbleibenden Personals zu erleichtern. Wir danken insbesondere der Generalsekretärin und ihrem Team für ihren unermüdlichen Einsatz und für die Koordinierung der Evakuierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SMM. Schließlich sind wir bereit, alle Bemühungen des Vorsitzes und der autonomen Institutionen und Durchführungsorgane der OSZE zu unterstützen, vorrangig konkrete Maßnahmen im Hinblick auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine im Kontext des umfassenden Sicherheitsansatzes der OSZE zu ergreifen.

Danke. Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Die Bewerberländer Republik Nordmazedonien<sup>1</sup>, Montenegro<sup>1</sup> und Albanien<sup>1</sup>, das Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenzielle Bewerberland Bosnien und Herzegowina und die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island, Liechtenstein und Norwegen, sowie die Ukraine, Georgien, Andorra und San Marino schließen sich dieser Erklärung an.

---

1 Die Republik Nordmazedonien, Montenegro und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

---

**1360. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1360, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION KANADAS**

Herr Vorsitzender,

zunächst möchte ich den Freundinnen und Freunden und den Angehörigen der örtlichen Bediensteten der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM), Maryna Fenina, die gestern während der Bombardierung von Charkiw durch die russischen Luftstreitkräfte getötet wurde, mein tief empfundenes Beileid aussprechen. Seit Russland diesen Krieg begonnen hat, sind bereits hunderte ukrainische Zivilpersonen getötet worden; soweit wir wissen, ist Marina die erste OSZE-Bedienstete, die bei diesem ungeheuerlichen Angriff ums Leben kam. Mein Mitgefühl gilt daher auch allen unseren Beobachterinnen und Beobachtern der SMM, deren Trauer und Gefühle angesichts dieser schrecklichen Nachricht ich nur erahnen kann. Ich danke erneut der Generalsekretärin H. Schmid und dem gesamten Team für all ihre Bemühungen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SMM und des Projektkoordinators in der Ukraine in Sicherheit zu bringen.

Ich möchte auch Ihnen, Herr Vorsitzender, danken und unsere volle Unterstützung dafür zum Ausdruck bringen, dass Sie dieses Thema auf die heutige Tagesordnung gesetzt haben.

Auch dem Bürgermeister von Schytomyr, S. Suchomlyn, M. Schuepp vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz und Botschafter Kinnunen möchte ich danken. Sie haben uns ein anschauliches Bild von der humanitären Katastrophe vermittelt, die sich als Folge des vor acht Tagen von Wladimir Putin begonnenen Krieges vollzieht. Kanada schließt sich Ihrer Forderung an, unverzüglich einen humanitären Korridor einzurichten.

Herr Vorsitzender,

meine Ministerin hat diese Woche betont: „Diese Invasion und dieser Krieg sind die Entscheidung eines Landes, der Russischen Föderation, ihrer Regierung und Führung und insbesondere die Entscheidung des Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin. Die russische Invasion der Ukraine, die größte Bedrohung des Weltfriedens seit sieben Jahrzehnten, ist eine durch den Kreml kaltblütig, gezielt und sorgfältig geplante Abfolge von Ereignissen.“

Herr Vorsitzender,

diese vorsätzliche Invasion hat bereits nach sehr kurzer Zeit verheerende Auswirkungen auf die ukrainische Bevölkerung; Berichten zufolge gab es mehr als 2 000 zivile Opfer. Nach Angaben des Menschenrechtsbüros der Vereinten Nationen kamen viele Opfer durch den Einsatz von Explosivwaffen mit Flächenwirkung, darunter der Beschuss durch schwere Artillerie und Mehrfachraketenwerfer-Systeme, und Luftangriffe in städtischen Gebieten ums Leben. UNHCR berichtet, dass allein in der letzten Woche fast eine Million Flüchtlinge aus der Ukraine in den Westen geflohen sind.

Die Russische Föderation behauptet, sie greife keine zivile Infrastruktur gezielt an, doch wir sehen alle, dass die vorrückende russische Armee zahlreiche Wohngebiete, Universitäten und regionale Regierungsgebäude beschossen, Geschäfte, Fahrzeuge und Tankstellen geplündert und Krankenhäuser, Blutbanken, Schulen und Waisenhäuser getroffen hat.

Am 1. März hat der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC), Karim Khan, beschlossen, Ermittlungen zur Lage in der Ukraine einzuleiten, da er „zu dem Schluss gelangt [ist], dass eine hinreichende Grundlage für die Annahme besteht, dass in der Ukraine mutmaßlich sowohl Kriegsverbrechen als auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen wurden“. Aufgrund der zahlreichen Anschuldigungen, dass in der Ukraine durch die russischen Streitkräfte schwerwiegende internationale Verbrechen, darunter Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen wurden, hat Kanada zusammen mit mehreren anderen Vertragsstaaten des ICC dem Internationalen Strafgerichtshof die Situation in der Ukraine unterbreitet. Wir fordern Russland auf, mit dem Gerichtshof zusammenzuarbeiten. Die Verantwortlichen für diese schweren Verbrechen müssen vor Gericht gestellt werden.

Herr Vorsitzender,

die internationale Gemeinschaft ist in ihrer Verurteilung des grundlosen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine einig wie nie zuvor. Wir haben unser Wort gehalten, dass wir auf jedwede Invasion der Ukraine mit verheerenden Konsequenzen für die russische Wirtschaft – die bereits spürbar sind – reagieren würden.

Das Versprechen von Präsident Putin hingegen, nicht in die Ukraine einzumarschieren, war eine Lüge: bis zum 24. Februar betrieb er eine verlogene Diplomatie.

Der belarussische Präsident Lukaschenko ist an diesen Lügen beteiligt. Er behauptete, dass die russischen Streitkräfte samt ihrem Gerät nach ihren militärischen „Übungen“ nach Hause zurückkehren würden. Stattdessen hat Präsident Lukaschenko, die Souveränität von Belarus aufgegeben, um sich an der Macht zu halten, und Russland gestattet, sein Hoheitsgebiet für den Einmarsch in die Ukraine zu nutzen. Damit leistet er dem unrechtmäßigen Angriffskrieg Russlands in der Ukraine Beihilfe und Unterstützung. Und nach dem rechtswidrigen Verfassungsreferendum des Regimes von Lukaschenko wird Belarus Russland nun erlauben, Atomwaffen auf belarussischem Boden zu stationieren. Das ist eine direkte Bedrohung für die Sicherheit der friedlichen Nachbarn von Belarus und untergräbt die weltweite Stabilität.

Herr Vorsitzender,

angesichts dieser unbegründeten und ungerechtfertigten Aggression hat die Ukraine entschlossen an ihrem Bekenntnis zur Demokratie und ihrem Wunsch, ihren eigenen souveränen und demokratischen Weg zu verfolgen, festgehalten. Die Welt hat den Mut des ukrainischen Volkes in der Stunde der Not gesehen und die Reaktion war überwältigend. Der Krieg muss aufhören. Demokratie, Frieden und souveräne Gleichheit müssen sich durchsetzen. Kanada steht an der Seite der Ukraine. Überall auf der ganzen Welt stehen Menschen an der Seite der Ukraine.

In Russland stehen die Menschen an der Seite der Ukraine. In Russland protestieren die Menschen nach wie vor gegen den Einmarsch in die Ukraine, obwohl Tausende, darunter kleine Kinder, für ihren friedlichen Protest gegen Putins ungerechtfertigten und unprovokierten Krieg gegen das ukrainische Volk festgenommen wurden.

Abschließend, Herr Vorsitzender, möchte ich unsere Aufforderung an Russland wiederholen, seinen skrupellosen Angriff sofort einzustellen und alle seine Streitkräfte samt militärischem Gerät unverzüglich aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine abzuziehen.

Und ich möchte Russland daran erinnern, dass es immer Raum für die Diplomatie und den Dialog geben muss, doch damit dies möglich ist, muss Russland eine unverzügliche Waffenruhe umsetzen und seine Angriffe auf ukrainische Städte und Zivilpersonen vollständig einstellen.

Slawa Ukraini.

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich ersuche darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

**1360. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1360, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich möchte mich zunächst Ihnen und meinen anderen Kolleginnen und Kollegen anschließen und den Angehörigen der lokalen Bediensteten der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM), Maryna Fenina, die durch russischen Beschuss in Charkiw getötet wurde, mein tief empfundenes Beileid aussprechen. Sie ist das zweite Mitglied der SMM, das durch russische Gewalt getötet wurde, nachdem Joseph Stone 2017 getötet wurde. Ich möchte Direktor M. Schüepp, Botschafter Kinnunen und insbesondere Bürgermeister S. Suchomlyn für seine eindringlichen Worte danken.

Heute ist der achte Tag des vorsätzlichen und durch nichts provozierten Krieges Russlands gegen die Ukraine. Nachdem die Russische Föderation den Westen monatelang bedroht und schikaniert und zahllose diplomatische Angebote – auch hier in der OSZE – zurückgewiesen hatte, traf sie die verhängnisvolle und tragische Entscheidung, zu versuchen, eine unabhängige Nation zu unterwerfen. Ihr mit brutaler Gewalt ihren Willen aufzuzwingen.

Doch die russische Führung hat sich schrecklich verrechnet. Der Mut und die Entschlossenheit der Ukrainerinnen und Ukrainer, in Freiheit zu leben und ihr Heimatland gegen einen ausländischen Aggressor zu verteidigen, sind nur gewachsen, als die russische Offensive intensiver und blutiger und barbarischer wurde. Dafür steht der ukrainische Marinesoldat, Witalij Skakun, der sein Leben opferte, als er eine Brücke sprengte, um die vorrückenden russischen Truppen aufzuhalten. Dafür stehen die dreizehn ukrainischen Grenzsoldaten auf der Schlangeninsel, die sich der russischen Aufforderung, sich zu ergeben, widersetzen. Dafür stehen Zivilisten, die sich, ihre Nationalhymne singend, vor russische Panzer stellten, vor ihnen niederknieten oder sich vor ihnen auf den Boden legten.

In diesem Krieg sind Zweideutigkeit oder ein Mittelweg nicht möglich. Es gibt nur das Böse und den Widerstand. Wir sollten die Worte des Bürgermeisters von Schytomir beherzigen. Humanitäre Hilfe, aber auch die Waffen sind notwendig, die die Ukrainerinnen und Ukrainer brauchen, um sich selbst, ihre Familien, ihre Städte und ihr Heimatland zu verteidigen.



Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle haben die Pflicht, Zeugnis abzulegen von der Gewalt, dem Leid, dem Tod und der Zerstörung, die dieser gewollte Krieg gebracht hat. Wir sehen, dass Russland zunehmend Zivilpersonen tötet: Frauen, Kinder und ältere Menschen sterben in Russlands blutigem Sperrfeuer. So wurde zum Beispiel das ukrainische staatliche Kinderkrankenhaus Ochmatdyt am 25. Februar in Kyjiw bei einem russischen Raketenangriff getroffen. Ein sechsjähriges Mädchen, das bei dem russischen Beschuss eines Supermarkts in Mariupol am Sonntag verwundet wurde, starb kurz nach der Ankunft im Krankenhaus – ihre blutige Pyjamahose war mit Cartoon-Einhörnern bedruckt. Ein Baumarkt in Tschernihiw wurde in Schutt und Asche gelegt. Sogar die Holocaust Gedenkstätte Babyn Jar wurde von russischen Raketen getroffen.

So viele Todesopfer, so viel tragisches Leid in nur acht Tagen. Und wofür? Für eine Einflussphäre? Welche Art von Einfluss ist das?

Ich muss auch eine Warnung an alle in diesem Rat richten. Wir sprechen schon seit mehreren Monaten über diesen Krieg. Wir haben glaubwürdige Informationen, die darauf hindeuten, dass die russischen Streitkräfte Listen von bestimmten Ukrainerinnen und Ukrainern erstellen, die nach einer militärischen Besetzung getötet oder in Lager geschickt werden sollen. Wir haben auch glaubwürdige Informationen darüber, dass die russischen Besatzungskräfte wahrscheinlich letale Mittel einsetzen werden, um Proteste zu zerstreuen, oder anderweitig gegen vermeintlichen Widerstand vorgehen werden. Angesichts dessen, was wir bei früheren russischen Operationen beobachtet haben, gehen wir davon aus, dass die Russische Föderation versuchen wird, die Bevölkerung durch Einschüchterung, Übergriffe und Unterdrückung, darunter durch gezielte Tötungen, Entführungen, Festnahmen und körperliche Misshandlungen, zur Zusammenarbeit zu zwingen.

Aus diesem Grund müssen wir dringend einen Mechanismus einrichten, um alle Verstöße gegen die Menschenrechte, alle Verletzungen des humanitären Völkerrechts sowie jedes einzelne mögliche Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu dokumentieren. Die Vereinten Staaten unterstützen nachdrücklich alle uns zur Verfügung stehenden Instrumente der OSZE, um die relevanten Fakten zu erfassen und den Prozess einzuleiten, mit dem Einzelpersonen zur Verantwortung gezogen werden.

Auch in humanitärer Hinsicht müssen wir dringend handeln. Im ganzen Land sind Lebensmittel und medizinische Hilfsgüter knapp. Wir müssen alle die Einstellung der Feindseligkeiten fordern, damit die dringend benötigte humanitäre Hilfe die betroffenen Bevölkerungszentren erreichen kann. Die Vereinten Staaten haben der Ukraine in der letzten Woche humanitäre Hilfe im Wert von 54 Millionen US-Dollar zur Verfügung gestellt. Viele andere haben ihre Anstrengungen verstärkt. Jetzt müssen wir diese Hilfsgüter zu den Bedürftigen bringen, bevor es zu spät ist.

Abschließend, Herr Vorsitzender, möchte ich darauf hinweisen, dass die pauschale Bezeichnung „Russland“ sich in erster Linie auf die russische Regierung und ihre Vertreterinnen und Vertreter bezieht und nicht auf alle Russinnen und Russen. Wie der russische Dissident und Oppositionspolitiker und auch mein Freund Wladimir Kara-Mursa jüngst schrieb: „Nicht nur der Westen lehnt Putins Krieg gegen die Ukraine ab. Viele Russinnen und Russen tun das auch.“ Tatsächlich wurden in weniger als einer Woche über 7 000 von ihnen festgenommen, weil sie gegen den Krieg protestiert hatten. In den kommenden Tagen werden wir zweifellos mehr solcher Geschichten von Tapferkeit und

Widerstand hören. Andrej Kosyrjew, der ehemalige russische Außenminister, hat beispielsweise die russischen Diplomatinen und Diplomaten zum Rücktritt aufgefordert. Sie sollten „professionell und nicht wie billige Propagandisten“ handeln. Viele andere haben sich ebenfalls zu Wort gemeldet und – ganz gleich, wie viele Social-Media-Plattformen und Medienunternehmen die russische Regierung schließt – diese Stimmen werden gehört werden.

Herr Vorsitzender, solange Präsident Putin nicht von seiner grausamen Aggression ablässt und sich auf Diplomatie und Dialog nach gutem Glauben einlässt, wird er über sein Land weitere Isolation, weiteres Elend und Verderben bringen. Hoffen wir, dass dieser Eroberungskrieg sofort abgebrochen wird und wieder Vernunft in unseren internationalen Beziehungen einkehrt. Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um die Ukraine in der Zwischenzeit zu unterstützen. *We are all Ukraine.*

Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.

**1360. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1360, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Danke, Herr Vorsitzender. Wir sind heute hier zusammengekommen, um über den Krieg zu sprechen, den Russland gegen die Ukraine – seinen souveränen und demokratischen Nachbar – losgetreten hat. Ein Krieg, der nicht provoziert wurde, vorsätzlich geführt wurde und in keiner Weise zu rechtfertigen ist, und für den Präsident Putin und die russische Regierung die alleinige, grässliche Verantwortung tragen.

Das Vereinigte Königreich verurteilt die Bombardierung von ukrainischen Dörfern, Städten und Ortschaften durch die russische Regierung auf das Allerschärfste. Wir sind zutiefst erschüttert über den Tod von Maryna Fenina, die durch den Beschuss in Charkiw getötet wurde. Unsere Gedanken sind bei allen Opfern und ihren Angehörigen.

Seit unserem letzten Treffen in diesem Saal am Sonntag haben die russischen Streitkräfte ihren Einsatz von Raketenartillerie verstärkt, darunter in Kyjiw, Charkiw, Tschernihiw, Cherson, Mariupol und, wie wir von dem sehr verehrten Bürgermeister vernommen haben, auch in Schytomyr. In der Nacht vom 27. auf den 28. Februar berichtete die Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM), dass in den Gebieten nördlich und nordöstlich der Stadt Charkiw Explosionen und schwerer Beschuss, darunter auch Feuer von Mehrfachraketenwerfer-Systemen, zu hören war.

Der Einsatz von schwerer Artillerie in dicht besiedelten Gebieten durch Russland fordert zivile Opfer. Seit dem weiteren Einmarsch Russlands in die Ukraine letzte Woche bis zum 1. März wurden nach Angaben des VN-Menschenrechtsbüros 227 Zivilpersonen, darunter 15 Kinder, getötet und 525 weitere verletzt. Tragischerweise ist die tatsächliche Zahl mit Sicherheit wesentlich höher.

Die unterschiedslosen und unverhältnismäßigen russischen Angriffe auf zivile Gebiete haben auch die kritische zivile Infrastruktur in Mitleidenschaft gezogen. Schulen und Kindergärten wurden beschädigt und Wohngebäude zerstört. Kritische Infrastruktur, wie die Gas- und Wasserversorgung, Treibstofflager und Kommunikationseinrichtungen sind auch betroffen, insbesondere in der Ostukraine. Das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten hat hervorgehoben, dass der fortgesetzte Betrieb kritischer Krankenhausdienste durch ständige Stromausfälle und das anhaltende Risiko, dass Krankenwagen und das Gesundheitspersonal ins Kreuzfeuer geraten, gefährdet ist. Wir waren

entsetzt über den Angriff auf den Kyjiwer Fernsehturm, bei dem Zivilisten getötet wurden und die Holocaust Gedenkstätte Babyn Jar beschädigt wurde. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Schrecken, die wir in der Ukraine erleben, vollständig untersucht und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Aus diesem Grund haben das Vereinigte Königreich und 37 unserer Verbündeten und Partner dem Internationalen Strafgerichtshof die Gräueltaten in der Ukraine unterbreitet.

Herr Vorsitzender, wir sind dem Direktor des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) M. Mecacci dankbar, dass er frühzeitig vor den humanitären Auswirkungen gewarnt hat, die der russische Angriff auf die Ukraine für die Zivilbevölkerung mit sich bringt. Wir begrüßen die Bereitschaft des ODIHR, die Lage weiterhin zu beobachten. Dies wird wichtig sein, um sicherzustellen, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden, auch für Verletzungen des humanitären Völkerrechts.

Hunderttausende ukrainische Zivilistinnen und Zivilisten fliehen vor den durch Russland begangenen Gewaltakten. Das UNHCR schätzt, dass bereits an die 900 000 Ukrainerinnen und Ukrainer in die Nachbarländer geflohen sind und mehr als 100 000 innerhalb der Ukraine vertrieben wurden.

Wir bekräftigen unsere Aufforderung vom 27. Februar, die wir gemeinsam mit dem polnischen Vorsitz und 44 anderen Teilnehmerstaaten an die Russische Föderation gerichtet haben, eine unverzügliche Waffenruhe umzusetzen, damit humanitäre Hilfe zu den Bedürftigen gelangen kann und Feindseligkeiten gegen Zivilpersonen verhindert werden. Internationalen Organisationen, einschließlich der engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SMM, die in der Ukraine bleiben, muss ebenfalls freies Geleit gewährt werden. Wir sind der Generalsekretärin, dem OSZE-Sekretariat, der Leitung der SMM und dem polnischen Vorsitz außerordentlich dankbar für ihre Bemühungen, die Fürsorgepflicht der OSZE gegenüber dem Personal in der Ukraine zu erfüllen.

Wir sind auch der Beauftragten für Medienfreiheit der OSZE Teresa Ribeiro dankbar, dass sie die Versuche der russischen Regierung zurückweist, die Informationen über den russischen Angriff auf die Ukraine einzuschränken, die für die russischen Menschen durch die Medien zugänglich sind.

Trotz der Bemühungen von Präsident Putin können er und seine Regierung die Brutalität ihres Angriffs auf die Ukraine nicht verbergen, weder vor der Welt noch vor dem russischen Volk selbst. Wir sind tief besorgt über die Verhaftung Tausender friedlicher Demonstranten in Russland, nur weil sie ihren Widerstand gegen diesen Krieg zum Ausdruck gebracht haben – eine schwerwiegende Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung. ODIHR hat über zahlreiche willkürliche Verhaftungen und Einschüchterungen durch die Polizei berichtet, wobei die Bereitschaftspolizei die Zahl der Protestierenden in einigen Fällen übertraf. Auch Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger und Journalistinnen und Journalisten wurden festgenommen.

Auch in Belarus, dessen Regierung die Bevölkerung gegen ihren Willen in den Krieg der Regierung der Russischen Föderation gegen die Ukraine hineingezogen hat, kam es zur inakzeptablen Unterdrückung von Protesten. Wir sind tief besorgt über die Abhaltung eines Referendums über Änderungen der belarussischen Verfassung, darunter die Aufgabe der Neutralität und des nichtnuklearen Status von Belarus, das internationalen Standards für

demokratische bewährte Verfahren bei Weitem nicht gerecht wurde. In Verbindung mit der Anweisung von Präsident Putin, die russischen Atomstreitkräfte in Alarmbereitschaft zu versetzen, ist dies eine weitere Erhöhung des Risikos ohne zu rechtfertigenden Grund. Aufgrund der Rolle, die Belarus bei der Erleichterung der weiteren Invasion der Ukraine durch Russland spielt, hat das Vereinigte Königreich am 1. März angekündigt, dass wir eine erste Reihe von Sanktionen gegen belarussische Einzelpersonen und Organisationen in diesem Konflikt verhängen werden. Wir verurteilen die Rolle, die die belarussischen Behörden bisher gespielt haben und fordern sie dringend auf, von dem entsetzlichen Weg abzurücken, den Präsident Putin einschlägt.

Wir sind auch entschlossen, dafür zu sorgen, dass die russische Regierung den Preis für ihre schändliche Verletzung des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen zahlt. Aus diesem Grund hat das Vereinigte Königreich gemeinsam mit seinen Verbündeten das größte Sanktionspaket verabschiedet, das je gegen ein G20-Land verhängt wurde. Und wir sind damit nicht allein. Überall auf der Welt haben Organisationen – von Banken über Ölgesellschaften bis hin zu Fußballligen deutlich gemacht, dass Präsident Putin und sein Regime für seine Taten von der internationalen Gemeinschaft isoliert werden müssen. Auf der gestrigen VN-Generalversammlung stimmten 141 Länder für eine Resolution, die den Angriff Russlands auf die Ukraine verurteilt. Russland ist jetzt ein internationaler Paria.

Das Vereinigte Königreich steht an der Seite der Ukraine und des ukrainischen Volkes. Wir werden dafür sorgen, dass die russische Regierung den Preis für ihre Handlungen zahlt und sie für ihre Verbrechen zur Rechenschaft ziehen, wie lange auch immer dies dauern wird. Wir nehmen die Versuche der russischen Regierung, Grenzen zu verändern oder ihren Einfluss mit Gewalt geltend zu machen, nicht hin und werden sie niemals hinnehmen.

Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages hinzuzufügen.

---

**1360. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1360, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Herr Vorsitzender,

der durch nichts provozierte und ungerechtfertigte Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine dauert an.

Das ist eine eindeutige Verletzung des Völkerrechts. Ein Akt der Missachtung des regelbasierten internationalen Systems. Er ist illegal, unrechtmäßig und nicht hinnehmbar.

Wir weisen diesen Angriff zurück, ebenso wie die Entscheidung, die so genannten abtrünnigen Republiken Donezk und Luhansk anzuerkennen und die rechtswidrige Annexion der Krim.

Wir können die Tötung von Zivilpersonen niemals dulden.

Es ist dringend notwendig, die militärischen Angriffe und das Blutvergießen zu beenden.

Die Lage entwickelt sich zu einer humanitären Tragödie.

Vor einer umfassenden Waffenruhe ist eine humanitäre Waffenruhe erforderlich. Eine humanitäre Pause ist dringend notwendig und unabdingbar.

Wir hoffen aufrichtig, dass unser Appell Gehör finden wird und die laufenden Gespräche zwischen den Parteien zumindest zu diesem Zweck ergebnisorientiert verlaufen werden.

Wir fordern die Russische Föderation auf, von diesem rechtswidrigen Weg abzugehen und zum Dialog und zur Diplomatie zurückzukehren.

Mein Land ist bereit, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, um eine friedliche Lösung dieser Krise zu ermöglichen.

Wir treten weiterhin für die Wahrung der Souveränität, der politischen Einheit und der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich ihrer Hoheitsgewässer, ein und werden diese Grundsätze auch in Zukunft unterstützen.

Herr Vorsitzender,

die jüngsten Entwicklungen sind auch für uns alle eine Bewährungsprobe.

Wie der Generalsekretär der Vereinten Nationen A. Guterres kürzlich betonte, sind das Mitgefühl, die Großzügigkeit und Solidarität der Nachbarn der Ukraine bewundernswert.

Es ist wichtig, dass diese Solidarität ohne Diskriminierung aufgrund der Rasse, Religion oder ethnischen Zugehörigkeit gelebt wird.

Die Art und Weise, wie wir auf die von der Russischen Föderation verursachte humanitäre Krise reagieren, sollte unsere Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte nicht schmälern. Sie sollte unseren gemeinsamen Standpunkt der Ablehnung von Diskriminierung nicht überschatten.

Wir sind Zeugen des Leidens der gesamten Zivilbevölkerung in der Ukraine, einschließlich der Staatsangehörigen anderer Länder. Männer, Frauen und Kinder wurden zu Tausenden vertrieben und verlassen ihre Heimstätten, um sich in Sicherheit zu bringen. Sie alle haben unsere Hilfe, unser Mitgefühl und unsere Großzügigkeit verdient.

Auch die Nachbarländer der Ukraine benötigen unsere konkrete Unterstützung und Solidarität, um diese plötzliche Belastung durch den Zustrom von Flüchtlingen zu bewältigen. Doch vor allem besteht das dringend erforderliche Mittel dagegen darin, dass die Russische Föderation ihren durch nichts provozierten und ungerechtfertigten Angriff gegen die Ukraine einstellt. Derzeit erwarten wir genau das, nicht mehr und nicht weniger.

Herr Vorsitzender,

mein Land will Frieden, Ruhe und Wohlstand in seiner Region.

Wir werden weiterhin entschieden auf den Frieden drängen und das Völkerrecht achten.

Die Türkei ist bereit, jede Anstrengung in jeder Form zu unterstützen, die uns einem friedlichen Ausweg aus dieser Lage näher bringt.

Abschließend möchte ich unsere Trauer darüber zum Ausdruck bringen, dass Maryna Fenina, ein Mitglied des Teams der Sonderbeobachtermission in der Ukraine, in Charkiw ums Leben gekommen ist. Unsere Gedanken und unser Mitgefühl sind bei ihren Angehörigen.

Danke.

**1360. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1360, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ALBANIENS**

Herr Vorsitzender,

wir haben unseren Standpunkt bereits deutlich gemacht, doch wir werden nicht müde werden, unsere schärfste Verurteilung der unprovokierten und inakzeptablen Aggression Russlands gegen die Ukraine zu wiederholen, die eine eklatante und arrogante Verletzung der VN-Charta, des Völkerrechts und der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen darstellt.

Seit unserem letzten Treffen in diesem Saal hat Russland seine brutalen, unterschiedslosen und gezielten Angriffe fortgesetzt und verstärkt, wobei Hunderte von Zivilistinnen und Zivilisten, darunter viele Kinder, getötet, ihr Eigentum und zivile Infrastruktur zerstört und Flüchtlingswellen ausgelöst wurden.

Wir betrauern den Verlust von Menschenleben und das verursachte Leid. Wir drücken dem Volk der Ukraine unser tief empfundenes Beileid aus. Die Ausdauer und Würde, die das ukrainische Volk und seine Regierung bewiesen haben, haben uns tief berührt. Wir unterstützen voll und ganz ihr Recht auf Selbstverteidigung.

Der Wahnsinn dieses Krieges, der von der russischen Führung verursacht und beschämenderweise von Belarus direkt und aktiv unterstützt wurde, ist zu weit gegangen. Aber er kann und sollte jetzt beendet werden. Wir fordern Russland auf, seine Kriegshandlungen gegen die Ukraine unverzüglich einzustellen, alle seine Streitkräfte bedingungslos aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abzuziehen und dringend humanitäre Hilfe für die Bedürftigen, insbesondere für ältere Menschen, Frauen und Kinder, zuzulassen.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Botschafter Hałaciński,

wir sollten Ihnen persönlich und dem polnischen Vorsitz für die prinzipienfeste und entschlossene Art und Weise danken, wie Sie mit dieser Situation umgehen, und dass Sie uns in dieser schwierigen Zeit führen.

Unsere Anerkennung gilt der Generalsekretärin und ihrem Team sowie dem Team der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) für ihre unermüdlichen und nächtelangen Bemühungen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SMM in Sicherheit zu bringen. Heute



betrauern wir den Tod eines ukrainischen Mitglieds der OSZE-Familie in Charkiw. Unsere Gedanken und unser Mitgefühl sind bei ihren Angehörigen.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Albanien hat sich mit 37 Verbündeten und Partnern zusammengeschlossen, um dem Internationalen Strafgerichtshof die Situation in der Ukraine zu unterbreiten. Gegen Russland muss wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord in der Ukraine ermittelt werden. Wir werden niemals einen rechtswidrigen Angriff akzeptieren.

Das überwältigende Votum für die Resolution in der Generalversammlung der Vereinten Nationen gestern spricht eine deutliche Sprache. Einhunderteinundvierzig Länder, die auf der richtigen Seite der Geschichte stehen, haben mit aller Kraft ihre Stimme erhoben und Russland aufgefordert, seine Aggression zu beenden, die Stimme der Welt und der Menschlichkeit zu erhören und die Ukraine denjenigen zurückzugeben, denen sie gehört, nur den Ukrainerinnen und Ukrainern.

Ich bitte höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal dieser Sitzung.

Danke.

---

**1360. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1360, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION MONTENEGROS**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Montenegro schließt sich der Erklärung der Delegation der Europäischen Union (EU) an. Ich möchte jedoch einige Punkte betonen, die für mein Land von Bedeutung sind.

Wir verurteilen den Angriff auf die Ukraine auf das Allerschärfste und fordern Russland auf, alle Kampfhandlungen unverzüglich, vollständig und bedingungslos einzustellen und alle seine Streitkräfte und sein gesamtes militärisches Gerät aus dem ganzen Hoheitsgebiet der Ukraine abzuziehen.

Wir betonen, wie wichtig die vollständige Einhaltung des Völkerrechts und internationaler Vereinbarungen sowie grundlegender Prinzipien ist, wie sie in der VN-Charta, der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris und dem Budapester Memorandum verankert sind.

Im Zusammenhang damit haben wir die gestern mit überwältigender Mehrheit verabschiedete Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen begrüßt, die die Aggression Russlands gegen die Ukraine verurteilt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Montenegro steht, wie die ganze Welt, in dieser beispiellosen Krise entschlossen an der Seite der Ukraine und des ukrainischen Volkes.

Wir werden der Ukraine und dem ukrainischen Volk volle Unterstützung mit politischen, finanziellen und humanitären Mitteln gewähren.

Heute ist der achte Tag der groß angelegten russischen Invasion der Ukraine und wir beobachten alle eine weitere Verschlechterung der Sicherheitslage durch die fortgesetzte russische militärische Aggression gegen unschuldige Zivilistinnen und Zivilisten, die lediglich in einem friedlichen, unabhängigen und demokratischen Land leben wollen.

Die Lage ist äußerst besorgniserregend und stellt eine weitere eklatante Verletzung des Völkerrechts sowie eine Bedrohung für Frieden, Sicherheit und Stabilität in Europa und darüber hinaus dar.

Wir verurteilen sowohl Russland als auch die Beteiligung von Belarus an dieser Aggression gegen die Ukraine und fordern beide Länder auf, ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen einzuhalten.

Die verstärkten Kampfhandlungen haben zu einer steigenden Zahl an zivilen Opfern und zur Beschädigung kritischer Infrastruktur geführt, was schwerwiegende humanitäre Folgen für die Menschen in den am meisten betroffenen Gebieten mit sich bringt.

Angesichts des Ernsts der Lage, bekräftigen wir die Aufforderung an die Russische Föderation, raschen, sicheren und ungehinderten Zugang für die Lieferung humanitärer Hilfe an die Notleidenden zu ermöglichen und zu erleichtern und humanitäre Korridore und Zivilpersonen und Mitgliedern und Beobachterinnen und Beobachtern der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) sichere Durchreise zu gewähren.

Wir bedauern, dass die SMM vorübergehend evakuiert werden musste und betonen, dass die Sicherheit der verbleibenden Beobachterinnen und Beobachter der SMM und des Missionspersonals in der Ukraine von höchster Bedeutung ist.

Gestern jedoch haben wir mit großer Trauer erfahren, dass wir eine OSZE-Kollegin verloren haben, die beim Beschuss von Charkiw getötet wurde. Maryna Fenina war eine lokale Mitarbeiterin, die im Büro der SMM in Charkiw tätig war, und ums Leben kam, als sie versuchte, für ihren behinderten Bruder Medikamente zu besorgen. Wir schließen uns den anderen Delegationen an und sprechen ihren Angehörigen unser aufrichtiges und tief empfundenes Beileid aus.

Wir bedauern, dass die diplomatischen Bemühungen, ein solches Szenario zu verhindern, gescheitert sind, doch wir wiederholen, dass dauerhafter Frieden nur durch diplomatischen Mittel und politischen Dialog erreicht werden kann.

Wir dürfen die Hoffnung auf Verhandlungen nicht aufgeben, da es keine militärische Lösung des Konflikts geben kann.

Die gefährliche Rhetorik, darunter die Erhöhung der atomaren Alarmstufen, muss aufhören.

Diese Rhetorik kann nur zu einer weiteren Eskalation und einem zunehmenden Risiko für katastrophale Fehleinschätzungen führen.

Herr Vorsitzender,

das russische Vorgehen gefährdet die gesamte europäische Sicherheitsarchitektur und die regelbasierte internationale Ordnung, und diese Situation bedeutet nicht nur einen Kampf um die Freiheit der Ukraine und ihre Selbstbestimmung, sondern auch einen Kampf um die Freiheit und Sicherheit von uns allen.

Abschließend fordern wir außerdem vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse alle internationalen Akteure auf, der Wahrung von Stabilität und Sicherheit im Westbalkan besondere Aufmerksamkeit zu widmen, da die Gefahr eines Übergreifens der Instabilität besteht. Als natürlicher Teil von Europa, der dieselben Werte und Grundsätze pflegt, sind wir davon überzeugt, dass nur eine Beschleunigung der Integrationsprozesse und ein stärkerer Anreiz seitens unserer EU-Partner ein Bollwerk gegen den bösartigen Einfluss Dritter sein kann.

Eine Investition in die Stabilität und den Wohlstand des Westbalkans ist daher eine Investition in die Sicherheit und Stabilität in Europa.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.

---

**1360. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1360, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ISLANDS**

Herr Vorsitzender,

obschon Island sich der Erklärung der Europäischen Union anschließt, bitte ich um das Wort, um einige Bemerkungen im Namen meines Landes hinzuzufügen.

Ich möchte zunächst die unerschütterliche Unterstützung Islands für die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen unterstreichen.

Island schließt sich den Ländern aller Kontinente an und verurteilt den brutalen und durch nichts provozierten Angriff Russlands auf die Ukraine, der eine eklatante Verletzung des Völkerrechts darstellt.

Die gestrige historische Abstimmung in der Generalversammlung der Vereinten Nationen zeigt, dass die Welt eine auf die Vision von Frieden und Wohlstand basierte Welt anstrebt, wie sie in der UN-Charta verankert ist.

Russland dagegen, ein Mitglied unserer Organisationen und ein ständiges Mitglied des VN-Sicherheitsrats, hat sich für den Weg des Krieges und der Zerstörung entschieden und ist in das souveräne Land Ukraine einmarschiert, mit all der Zerstörung und dem menschlichen Leid, die ein Krieg mit sich bringt.

Herr Vorsitzender,

Island ist fest entschlossen, seinen Teil dazu beizutragen, um auf die Nöte der Ukraine zu reagieren.

Unschuldige Zivilpersonen leiden bereits, Menschen sind ums Leben gekommen, und es sind die Folgen absehbar, die nicht nur für die Ukraine verheerend sind, sondern auch für ganz Europa und die Welt dramatisch sein werden.

Russland trägt die volle Verantwortung für diese militärische Aggression, für all die Zerstörung und den Verlust von Menschenleben, die sie nach sich ziehen wird.

Wir stehen vereint an der Seite der Ukraine und fordern Russland auf, diesen sinnlosen Krieg zu beenden und all seine Streitkräfte ohne Vorbedingungen aus der Ukraine abzuziehen.

Ich ersuche um Aufnahme meiner Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Slawa Ukraini.

**1360. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1360, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION GEORGIENS**

Herr Vorsitzender,

Georgien schließt sich der Erklärung der Delegation der Europäischen Union an. Ich möchte als Vertreterin meines Landes noch Folgendes hinzufügen:

Einmal mehr bringen wir unsere Solidarität mit der Ukraine zum Ausdruck, schließen uns der internationalen Gemeinschaft an und verurteilen die fortgesetzte militärische Aggression Russlands auf das Allerschärfste. Der Mut des tapferen ukrainischen Volkes in seinem Kampf um Freiheit und Frieden wird für uns alle und für die kommenden Generationen immer ein Vorbild bleiben.

Das Vorgehen Russlands verstößt eklatant gegen die VN-Charta und die Grundsätze des Völkerrechts, einschließlich des humanitären Völkerrechts, der Schlussakte von Helsinki und anderer OSZE-Verpflichtungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie auch andere möchte ich unser tief empfundenenes Mitgefühl über den tragischen Tod von Maryna Fenina, einem Mitglied der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine (SMM), zum Ausdruck bringen, die bei dem Beschuss von Charkiw ums Leben kam. Unsere Gedanken und Gebete sind in dieser schwierigen Zeit bei ihren Angehörigen, Freundinnen und Freunden und Kolleginnen und Kollegen der SMM.

Ich möchte hiermit die Generalsekretärin, die SMM-Führung und den polnischen Vorsitz besonders hervorheben und ihnen für ihren unermüdlichen Einsatz in den vergangenen Tagen danken, mit dem sie die Sicherheit des OSZE-Personals vor Ort und die Evakuierung der Missionsmitglieder gewährleistet haben.

Herr Vorsitzender,

Maryna Fenina ist leider eines von vielen Opfern dieser durch nichts provozierten Aggression und Gewaltanwendung durch Russland. Erneut werden Europa und die Welt Zeugen einer humanitären Katastrophe, da russische Raketen zivile Infrastruktur treffen.

Unschuldige Kinder, Frauen und ältere Menschen werden unterschiedslos bombardiert und die Zahl der Todesopfer steigt weiter an. Mehr als eine Million Ukrainerinnen und Ukrainer mussten auf der Suche nach Sicherheit ihre Heimat verlassen und sind in die Nachbarländer geflohen.

Diese schrecklichen Verbrechen dürfen nicht ungestraft bleiben. Angesichts dessen hat sich Georgien den 38 Ländern angeschlossen, die dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) Ermittlungen zum Krieg Russlands gegen die Ukraine nahe gelegt haben. Wir begrüßen die Entscheidung des IStGH, Ermittlungen einzuleiten. Wir schließen uns heute auch dem Aufruf des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte an, den Moskauer Mechanismus zu aktivieren.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass die humanitären Lasten unter den sehr schwierigen Umständen aufgeteilt werden müssen. Die Regierung von Georgien hat bereits die erste Sendung humanitärer Hilfe, darunter pharmazeutische Produkte und medizinische Hilfsgüter in die Ukraine geliefert.

Bedauerlicherweise kennen die Georgierinnen und Georgier nur allzu gut die Leiden des Krieges, der Vertreibung und der Besetzung durch die Russische Föderation, unter Verletzung des Völkerrechts und der Verpflichtungen, unter anderem das durch die EU vermittelte Waffenstillstandsabkommen vom 12. August 2008.

Herr Vorsitzender,

Georgien bekräftigt seine unerschütterliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich der Krim und des Donbass, sowie für die Schifffahrtsrechte der Ukraine in ihren Hoheitsgewässern.

Wir fordern Russland auf, seine militärischen Aktivitäten unverzüglich, vollständig und ohne Vorbedingungen einzustellen und alle seine Streitkräfte und Rüstungsgüter aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine abzuziehen sowie allen internationalen humanitären und Menschenrechtsmechanismen sofortigen, sicheren und ungehinderten Zugang zu gewähren.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte höflich um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.



---

**1360. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1360, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION VON SAN MARINO**

Herr Vorsitzender,

die Republik San Marino schließt sich der Erklärung der Europäischen Union an; ich möchte jedoch als Vertreterin meines Landes noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Zunächst schließen wir uns den Beileidsbekundungen von heute Morgen zum Tod von Maryna Fenina von der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine und zu allen Todesfällen der letzten Tage an. Jeder dieser Todesfälle ist einer zu viel.

Die Republik San Marino verfolgt die Ereignisse in der Ukraine weiterhin mit großer Besorgnis und Bestürzung. Die Zahl der zivilen Opfer, der Flüchtlinge, der zerstörten Gebäude und der gewaltsamen Zwischenfälle steigt mit jeder Minute. Unsicherheit ist in der gesamten Ukraine, aber auch in unserer Region und in der ganzen Welt spürbar.

Klar ist nach wie vor, dass Krieg keine Lösung ist. Die Republik San Marino missbilligt zu jeder Zeit und unter allen Umständen jede Form des Krieges. Sie verurteilt entschieden die Aggression und die Invasion der Russischen Föderation, unter der die Ukraine leidet, sieht jedoch erwartungsvoll den Treffen zwischen den Vertretern Russlands und der Ukraine entgegen, in der Hoffnung, dass die Parteien einer Waffenruhe zustimmen und so bald als möglich ein Abkommen, einen Kompromiss zur Wiederherstellung des Friedens aushandeln werden. Wir fordern die Parteien erneut auf, die diplomatischen Kanäle und die Instrumente und Mechanismen der internationalen Organisationen zu nutzen.

Herr Vorsitzender,

viele Länder haben als Reaktion auf die militärische Aggression der Russischen Föderation restriktive Maßnahmen ergriffen.

Im Rechtssystem von San Marino wurden bisher nur die Sanktionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen auf nationaler Ebene umgesetzt.

Vor zwei Tagen hat das Parlament von San Marino die von der Europäischen Union und anderen internationalen Organisationen verhängten Sanktionen zur Kenntnis genommen

und die Regierung beauftragt, das Verfahren für die Anwendung dieser Sanktionen auch in San Marino festzulegen. Darüber hinaus verpflichtet sich San Marino, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Aufnahme ukrainischer Staatsangehöriger und aller Menschen, die vor diesem Krieg fliehen, zu unterstützen.

Bereits während des Zweiten Weltkriegs hat San Marino, trotz seiner begrenzten territorialen Ausdehnung und Ressourcen, besondere Großzügigkeit und Gastfreundschaft bewiesen.

San Marino wird es auch heute wieder schaffen, alles zu geben, um den Bedürftigen eine Zukunft zu geben, angefangen bei den Angehörigen derjenigen ukrainischen Bürgerinnen und Bürger, die bereits in San Marino leben.

Wir sind zutiefst erschüttert über die nuklearen Drohungen, die in den Medien kursieren. Wir bekräftigen unsere völlige Ablehnung des Einsatzes von Atomwaffen oder der Androhung des Einsatzes von Atomwaffen und erinnern daran, dass diese das Potenzial haben, das Leben und unseren Planeten vollständig auszulöschen. Es handelt sich um Waffen, für deren Existenz es keinerlei Rechtfertigung gibt.

San Marino hat alle Initiativen einer bedeutenden Gruppe von Teilnehmerstaaten unterstützt, den Moskauer Mechanismus in der Ukraine, im Einklang mit Artikel 8 des entsprechenden Dokuments, zu aktivieren.

Ferner gehören wir zu jenen, die den Internationalen Gerichtshof in Den Haag ersucht haben, sich einzuschalten.

Wir rufen dazu auf, den Dialog und Verhandlungen zu suchen, die Kämpfe und Bombardierungen einzustellen und eine diplomatische Lösung für diesen Konflikt zu finden.

Wir unterstützen weiterhin die Souveränität, territoriale Integrität, Einheit und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.

Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal dieser Sitzung.

Danke, Herr Vorsitzender.

---

**1360. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1360, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ANDORRAS**

Herr Vorsitzender,

wir sprechen den Angehörigen der lokalen Mitarbeiterin der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine, Maryna Fenina, unser Beileid aus.

Andorra unterstützt die Erklärung der Europäischen Union. Ich möchte in nationaler Eigenschaft jedoch noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Andorra verurteilt entschieden die Aggression Russlands gegen die Ukraine.

Im Zusammenhang damit möchte ich mitteilen, dass die Regierung von Andorra auf ihrer gestrigen Kabinettsitzung den Gesetzentwurf gebilligt hat, der dem Parlament zur dringenden Prüfung vorgelegt wurde, um Andorra in die Lage zu versetzen, sich den von der Europäischen Union vorgeschlagenen finanziellen Sanktionen gegen Russland und Belarus anzuschließen. Mit dieser Entscheidung verfügt Andorra über einen eigenständigen Rechtsrahmen für die Anwendung von Sanktionen, der in der Rechtsordnung des Fürstentums bisher nicht vorgesehen war.

Wir rufen zur Einhaltung des Völkerrechts und des humanitären Völkerrechts auf.

Der Ministerrat hat bei seiner gestrigen Sitzung einen freiwilligen Beitrag in Höhe von 20 000 Euro für das Internationale Komitee vom Roten Kreuz als humanitäre Hilfe zur Bewältigung der humanitären Notlage in der Ukraine genehmigt, die den zivilen Opfern des Konflikts zugutekommen soll.

Abschließend fordern wir nachdrücklich dazu auf, alle bestehenden Instrumente des Dialogs zu nutzen, um die Gewalt zu beenden und Frieden zu schaffen. Wir bekräftigen unsere Solidarität mit der Regierung und dem Volk der Ukraine.

Danke, Herr Vorsitzender.

---

**1360. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1360, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION SLOWENIENS**

Herr Vorsitzender,

wie auch andere möchte ich den Angehörigen von Maryna Fenina, die im Beschuss ums Leben kam, sowie den Angehörigen aller anderen Opfer dieses Krieges mein tief empfundenenes Beileid aussprechen.

Herr Vorsitzender,

Slowenien schließt sich vollinhaltlich der zuvor im Namen der Europäischen Union abgegebenen Erklärung an; ich möchte jedoch auf ein besonderes Thema hinweisen, das Anlass zu großer Sorge gibt.

Während des russischen Angriffs am 1. März wurde ein Verwaltungsgebäude am Hauptplatz von Charkiw von einer Fliegerbombe getroffen. Dabei wurde auch das Konsulat der Republik Slowenien schwer beschädigt.

Slowenien verurteilt diesen empörenden Akt und diese eindeutige Verletzung des Völkerrechts. Die Bombardierung von Gebäuden, die keine militärischen Objekte sind, ist nach dem Völkerrecht ein Kriegsverbrechen. Der Angriff ereignete sich im historischen Zentrum von Charkiw, wo es viele Wohnhäuser gibt. Es sind Menschen ums Leben gekommen.

Dies ist ein weiterer Beweis dafür, wie willkürlich die russische Aggression ist, und wir werden darauf bestehen, dass die Verantwortlichen für alle begangenen Verbrechen, einschließlich Kriegsverbrechen, zur Rechenschaft gezogen werden.

Slowenien fordert die Teilnehmerstaaten nachdrücklich auf, die Ermittlungen des Anklägers des Internationalen Strafgerichtshof zu unterstützen.

Herr Vorsitzender, ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Danke.

**1360. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1360, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION NORWEGENS**

Herr Vorsitzender,

wir danken dem Bürgermeister von Schytomyr für seine nüchterne und düstere Rede im Ständigen Rat. Sie ist eine weitere Erinnerung an die Härten, die das ukrainische Volk ertragen muss. Sie ist auch ein Zeugnis für seine Tapferkeit.

Wie auch andere sprechen wir dem ukrainischen Volk unser Mitgefühl aus und schließen uns den Beileidsbekundungen an die Angehörigen von Maryna Fenina, eine Bedienstete der OSZE, an. Unsere Gedanken sind bei ihren Angehörigen und Freundinnen und Freunden.

Unsere Gedanken sind auch bei den in der Ukraine verbleibenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM), und ich möchte im Namen Norwegens der Generalsekretärin, dem Konfliktverhütungszentrum und der Leitung der SMM für ihre Bemühungen danken, die Bediensteten der SMM in Sicherheit zu bringen.

Herr Vorsitzender, Norwegen hat sich der Erklärung der Europäischen Union angeschlossen, doch ich möchte als Vertreterin meines Landes noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Norwegen verurteilt den Einmarsch der Russischen Föderation in die Ukraine auf das Allerschärfste.

Wir verurteilen auch Belarus für die Unterstützung dieses Angriffs.

Die Aggression der Russische Föderation verletzt die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine.

Ich möchte es ganz deutlich sagen:

Norwegen fordert von der Russischen Föderation die sofortige, vollständige und bedingungslose Einstellung aller Kampfhandlungen und den Rückzug aller ihrer Streitkräfte aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine.

Norwegen bringt angesichts der russischen Aggression seine volle Solidarität mit der Ukraine und dem ukrainischen Volk zum Ausdruck. Norwegen versichert die Ukraine seiner unverbrüchlichen Unterstützung für ihre Souveränität und territoriale Integrität innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.

Norwegen wird sich seinen Verbündeten und Partnern bei raschen und konkreten Gegenmaßnahmen anschließen.

Dazu gehört auch, dass sich Norwegen den verstärkten Sanktionen der Europäischen Union anschließt.

Wir möchten betonen, dass sich unsere Gegenmaßnahmen gegen das russische Regime richten, nicht gegen das russische Volk.

In den vergangenen Tagen haben wir mit Entsetzen die Bilder von getrennten Familien, von Kindern, die unter der Erde Schutz suchen, von Kindergärten, die durch russische Geschosse zerstört wurden, und von den Trümmern bombardierter Wohnhäuser im Zentrum der ukrainischen Hauptstadt gesehen. Die rapide steigende Zahl der zivilen Opfer ist erschütternd.

Die Mehrheit der russischen Bevölkerung erfährt jedoch nichts von diesen Aktionen. Aufgrund der Verfolgung unabhängiger Medienschaffender und unabhängiger Journalistinnen und Journalisten wird das Narrativ, das der russischen Bevölkerung (durch staatlich kontrollierte Medien) vermittelt wird, fast vollständig von den russischen Behörden kontrolliert. Am 1. März wurden zwei der letzten Überbleibsel des unabhängigen Journalismus in Russland, der Radiosender Echo Moskwy und der Fernsehkanal Doschd, von der Generalstaatsanwaltschaft geschlossen.

Wir bedauern/verurteilen auch die Angriffe auf die Versammlungsfreiheit durch die Russische Föderation und Belarus, die friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten daran hindern, ihre Meinung zu äußern.

Wir sind empört über die unterschiedslosen Angriffe auf die Zivilbevölkerung in diesem rechtswidrigen und unmoralischen Eroberungskrieg, der keinem anderen Zweck und Prinzip dient, als dem blanken Streben nach Macht und Territorium.

Der Raum für neutrale, unparteiische und unabhängige humanitäre Hilfe muss geschützt werden, um den sicheren, raschen und ungehinderten humanitären Zugang zu den Bedürftigen zu gewährleisten.

Die Konfliktparteien in der Ukraine müssen ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, einschließlich der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, nachkommen und den Schutz der Zivilbevölkerung und der Gefangenen sicherstellen.

Russland, und nur Russland, trägt die alleinige Verantwortung für diese humanitäre Krise durch seine unprovokierte, ungerechtfertigte und unverantwortliche militärische Aggression gegen die Ukraine.

Wir empfinden ein tiefes Gefühl der Ungerechtigkeit und ein tiefes Mitgefühl mit dem ukrainischen Volk, das um sein Land, seine Städte, seine Häuser, seine Familien und sein Leben kämpft.

Die russische Führung hat beschlossen, der Ukraine das Recht zu nehmen, ihre Zukunft selbst zu bestimmen, und setzt sich über die Kernprinzipien der internationalen, regelbasierten Weltordnung seit dem Zweiten Weltkrieg hinweg.

Wir werden das nicht zulassen.

Die Welt wird Russland und Belarus für ihre Taten zur Rechenschaft ziehen.

Danke.

**1360. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1360, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION VON BOSNIEN UND HERZEGOWINA**

Bosnien und Herzegowina verfolgt die Lage in der Ukraine mit großer Aufmerksamkeit und Besorgnis. Die Berichte über die Opferzahlen in den wenigen Tagen der Eskalation sprechen für sich und sind ein klares Signal an die gesamte internationale Gemeinschaft, sich für eine Lösung zur Beendigung des Konflikts einzusetzen. Die massive militärische Konfrontation in und um die Ukraine verursacht bereits jetzt enormes menschliches Leid und hätte, würde sie fortgesetzt, tiefgreifende politische, wirtschaftliche und militärische Auswirkungen auf uns alle. Wir fordern die Konfliktparteien auf, die sichere Durchfahrt zu Zielorten außerhalb der Ukraine zu ermöglichen und den raschen, sicheren und ungehinderten Zugang zu humanitärer Hilfe für die Menschen in Not zu erleichtern. Wir sprechen den Angehörigen der Getöteten und Verletzten unser aufrichtiges Beileid aus, auch den Angehörigen der OSZE-Mitarbeiterin, die gestern in Charkiw ums Leben kam.

Wir bringen unsere Erwartung zum Ausdruck, dass die derzeitige Krise durch friedliche und diplomatische Mittel, durch Dialog und politische Verhandlungen aller maßgeblicher Akteure, in voller Übereinstimmung mit den Normen und Grundsätzen des Völkerrechts, beigelegt werden wird. Bosnien und Herzegowina achtet die territoriale Integrität der Ukraine wie auch der anderen OSZE-Teilnehmerstaaten und Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen. Wir nehmen nicht hin, dass die Minsker Vereinbarungen hinfällig sind. Wir müssen in den maßgeblichen internationalen Formaten, darunter im Normandie-Format und in der Trilateralen Kontaktgruppe, konstruktiv auf ihre vollständige Umsetzung hinarbeiten.

Wir möchten OSZE-Generalsekretärin Helga Schmid für ihre engagierte Arbeit danken, um die internationalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine (SMM) aufgrund der fortgesetzten Kampfhandlungen und der verschlechterten Sicherheitslage im Land vorübergehend zu evakuieren. Wir hoffen, dass die Sicherheit der verbleibenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SMM gewährleistet wird und ihnen sichere Korridore zur Verfügung gestellt werden, damit sie das Land vorübergehend verlassen können, bis die Bedingungen für ihre Rückkehr wiederhergestellt sind.

Wir fordern alle Konfliktparteien auf, im Interesse des Friedens und der regionalen und globalen Stabilität sich der Anwendung von Gewalt zu enthalten und den politischen



Dialog zur Lösung der neu entstandenen Krise dringend auszuweiten. Wir ermutigen die Generalsekretärin und den Vorsitz zu weiteren Aktivitäten zur Deeskalation der Lage und zur Fortsetzung des Dialogs unter Nutzung aller zur Verfügung stehenden OSZE- und anderen Mechanismus.

**1360. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1360, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION JAPANS (KOOPERATIONSPARTNER)**

Danke, Herr Vorsitzender.

Auf der Grundlage von Abschnitt IV.1(D)3 der Geschäftsordnung der OSZE ergreift Japan heute das Wort, da es sich um ein äußerst wichtiges Thema handelt.

Zunächst möchte ich im Namen der Regierung von Japan dem Volk der Ukraine unsere Solidarität bekunden. Gleichzeitig sprechen wir den trauernden Hinterbliebenen von Maryna Fenina, einem Mitglied der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM), die vorgestern ums Leben kam, unser tief empfundenes Beileid und unser Mitgefühl aus.

Japan verurteilt aufs Schärfste den Akt der Aggression durch Russland, der die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine schwer verletzt. Dieser einseitige Versuch, den Status quo gewaltsam zu verändern, erschüttert die Grundfesten der internationalen Ordnung in Europa und in allen Teilen der Welt. Die Handlungen Russlands sind eine klare und eklatante Verletzung des Völkerrechts, der VN-Charta und der Grundwerte der OSZE.

Russland muss seine Aggression sofort einstellen, seine Streitkräfte nach Russland abziehen und auf den Pfad der Diplomatie zurückkehren.

Um dies zu erreichen, sollten wir zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zusammenarbeiten, gemäß der Pflicht, gemeinsam und einzeln in Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft, einschließlich der G7, zu handeln.

Japan hat Sanktionsmaßnahmen wie das Einfrieren von Vermögenswerten bestimmter Personen angekündigt, die mit der russischen Regierung in Verbindung stehen, einschließlich Präsident Putin. Japan ergreift auch Maßnahmen, um ausgewählte russische Banken aus dem Nachrichtensystem SWIFT auszuschließen.

Belarus hat den russischen Truppen die Durchfahrt durch sein Hoheitsgebiet gestattet und ist eindeutig an der russischen Aggression beteiligt. Japan verurteilt das auf das Allerschärfste und hat beschlossen, auch gegen Belarus Sanktionen zu verhängen.

Herr Vorsitzender,

Japan hat sich verpflichtet, der Ukraine humanitäre Nothilfe im Wert von 100 Millionen US-Dollar sowie 100 Millionen US-Dollar an Kredithilfen zu gewähren und beschlossen, die Aufenthaltserlaubnis für ukrainische Staatsangehörige, die in Japan leben, zu verlängern.

Gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft steht Japan an der Seite des ukrainischen Volkes.

Japan fordert Russland nachdrücklich auf, sein Vorgehen unverzüglich einzustellen und seine Streitkräfte abziehen.

Danke, Herr Vorsitzender.



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**  
**Ständiger Rat**

PC.JOUR/1360

3 March 2022

Annex 18

GERMAN

Original: ENGLISH

---

**1360. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1360, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG**  
**DER DELEGATION LETTLANDS**

Herr Vorsitzender,

der werte Botschafter der Russischen Föderation hat gerade fälschlicherweise behauptet, dass Russland Wege für die einfache Evakuierung aus der Ukraine bereitstellt.

Die Einzige, die Evakuierungswege aus der Ukraine benötigt, ist die russische Armee.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des heutigen Tags beifügen zu lassen.

**1360. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1360, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

die von Russland durchgeführte militärische Spezialoperation ist keineswegs die Ursache der aktuellen Krise in der Ukraine. Die im Donbass und in der Ukraine entstandene Situation ist eine unmittelbare Folge nicht nur des verfassungswidrigen Staatsstreichs vom Februar 2014, der von neonazistischen Kräften mit Unterstützung des Westens durchgeführt wurde, sondern auch des ganz offensichtlichen Bestrebens der NATO-Länder unter Führung der Vereinigten Staaten von Amerika, das ukrainische Hoheitsgebiet zu nutzen, um eine echte Bedrohung für die nationale Sicherheit Russlands zu schaffen und Russland „einzuhengen“. In einem Staat mit Dutzenden von Millionen russischsprachigen Bürgerinnen und Bürgern wurde eine erbarmungslose Kampagne gegen die russische Sprache und Kultur aufgenommen. Die neonazistische Ideologie wurde aggressiv verbreitet. Die außergerichtliche Bestrafung politischer Gegnerinnen und Gegner und die Verfolgung aller abweichenden Meinungen wurden zur Norm.

Diese menschenverachtenden Maßnahmen gingen über acht Jahre. Während dieser ganzen Zeit wurde ein blutiger Krieg gegen die Bevölkerung im Donbass geführt, zu dem noch eine totale Verkehrs- und Wirtschaftsblockade der Region kam. Die ukrainische Führung sabotierte ganz offen ihre internationalen Verpflichtungen aus dem Minsker Maßnahmenpaket und hielt an der Illusion fest, dass sie mit dem Segen des Westens eine militärische Lösung für das so genannte „Donbass-Problem“ erreichen könnte.

Es ist noch nicht lange her, da gab es eine – wenn auch kleine – Hoffnung, dass man in Kiew zur Vernunft kommen und das, was man 2015 in Minsk unterschrieben hatte, tatsächlich umsetzen werde. Dazu war ein direkter Dialog mit Donezk und Luhansk erforderlich. Mehrfach hat die ukrainische Regierung bekräftigt, dass sie nicht bereit sei, einen solchen Dialog zu führen und Maßnahmen zu ergreifen, um dem Donbass den im Minsker Maßnahmenpaket garantierten Sonderstatus zu gewähren; das hat uns dann doch davon überzeugt, dass keine Chance mehr besteht, dass die ukrainische Führung die Minsker Vereinbarungen umsetzt, und wir durften auch einfach nicht zulassen, dass die Bevölkerung des Donbass noch mehr Leid ertragen muss.

Da gleichzeitig die ukrainischen Provokationen gegen den Donbass immer weiter zunahmen, baten die Behörden der Volksrepublik Luhansk (VPL) und der Volksrepublik Donezk (VPD) Russland um militärische Unterstützung im Einklang mit den bilateralen Abkommen über eine Zusammenarbeit. Angesichts der zunehmenden Bedrohungen für die Bevölkerung der beiden Republiken und des Fehlens jeglicher Aussicht auf eine politische Lösung hat der russische Präsident Wladimir Putin beschlossen, eine militärische Spezialoperation durchzuführen. Ihr Ziel ist die vollständige Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine.

Die Bedrohung der ukrainischen Zivilbevölkerung geht heute nicht vom russischen Militär aus, das mit Präzisionswaffen nur militärische Objekte angreift, sondern vom Regime in Kyjiw, das Terror gegen seine Mitbürgerinnen und Mitbürger ausübt, sowie – in noch stärkerem Maße – von „nationalistischen Bataillonen“. Die Nationalistinnen und Nationalisten wenden fast überall die Taktik an, Zivilpersonen als Geiseln zu nehmen und sie buchstäblich überall als „menschliche Schutzschilde“ zur Deckung zu missbrauchen – sie stellen militärisches Gerät und schwere Waffen in der Nähe von Kindergärten und Schulen auf und richten Feuerstellungen auf den Dächern von Wohnhäusern ein. Es liegen gesicherte Informationen vor, wonach die Nationalistinnen und Nationalisten in den Werksanlagen der Fabrik Asowstal Minen legen. Dies geschieht übrigens während des Betriebs der Fabrik, das heißt, während sich viele Menschen auf dem Gelände aufhalten. Asowstal ist ein Stahlwerk, in dem eine große Menge gefährlicher Schmieröle und anderer chemischer Stoffe lagern. All das könnte zu einer großen Katastrophe führen und irreparable Schäden für die Zivilbevölkerung und die Umwelt verursachen. Diejenigen, die die Fabrik vermint haben, warten auf einen wie auch immer gearteten Befehl, sie zu sprengen. Oder nehmen wir ein anderes Beispiel: die Einrichtung eines so genannten „Hauptquartiers der Territorialverteidigung“ in einem dicht besiedelten und bebauten Gebiet von Charkiw, wo sich Nationalistinnen und Nationalisten mit ihren Waffen postiert haben, nachdem sie die Bewohnerinnen und Bewohner der umliegenden Gebäude aus ihren Wohnungen vertrieben hatten. Das alles erinnert an die grausamen, unmenschlichen Methoden von Terroristinnen und Terroristen, deren sich diese in Syrien und anderen Regionen der Welt bedient haben und noch immer bedienen.

Mein US-amerikanischer Kollege behauptete, dass es heute um einen Kampf zwischen dem „Bösen“ und dem „Widerstand“ gehe. Nun, das „Böse“ ist das, was die ukrainischen Streitkräfte und nationalistischen Bataillone derzeit verüben. Und „Widerstand“ ist der Widerstand, den Donezk und Luhansk, unterstützt von den russischen Streitkräften, gegen diese menschenverachtenden Maßnahmen leisten.

Ich muss noch einmal betonen, dass die russischen Truppenteile die Zivilbevölkerung der Ukraine nicht bedrohen; sie beschießen keine zivile Infrastruktur. Im Gegenteil, in den Städten, die unter die Kontrolle der russischen Streitkräfte gekommen sind, kehrt das Leben zur Normalität zurück: Die kommunalen Einrichtungen sind in Betrieb, öffentliche Verkehrsmittel fahren. Mehr als 140 000 Menschen wurden bereits aus dem Gebiet der Ukraine evakuiert. Sie erreichten das russische Hoheitsgebiet über 11 Grenzkontrollstellen. Rund 39 000 von ihnen sind minderjährig. Für die Neuankömmlinge wurden über 7 000 Notunterkünfte eingerichtet, in denen sie mit warmen Mahlzeiten versorgt werden und wo ihre Verteilung auf die verschiedenen Regionen Russlands koordiniert wird. Im russischen Verteidigungsministerium wurde ein Büro eingerichtet, das für die humanitäre Reaktion auf die Lage in der Ukraine zuständig ist. Die Regionen Russlands haben damit begonnen, der

Bevölkerung in den betroffenen Regionen der Ukraine aktiv zu helfen. Aus der Region Belgorod wurden bereits 30 Tonnen humanitäre Hilfe in die Stadt Wowschansk und die Siedlung Kosatscha Lopan geliefert; 20 Tonnen Lebensmittel wurden von der Krim in die Stadt Henitschesk in der Region Cherson gebracht. Mehr als 300 Tonnen lebensnotwendiger Güter werden im Rahmen von 14 humanitären Aktionen in den Regionen Cherson, Sumy und Charkiw verteilt.

Gegen Russland wird derzeit ein massiver Informationskrieg geführt. Von den ukrainischen Streitkräften und nationalistischen Formationen zerstörte Einrichtungen in der VRD und der VRL werden von westlichen Medien unverfroren als Folgen unserer Militäroperation in der Ukraine dargestellt; und sie verbreiten Falschmeldungen über die angeblich wahllose Bombardierung ukrainischer Städte. Darüber hinaus wird der Nachrichtenraum zensuriert – und zwar vollständig – und es wird nicht einmal mehr versucht, das zu rechtfertigen.

Als Vergleich zur aktuellen Situation möchten wir an die Reaktion der westlichen Länder auf die Bombardierung des ehemaligen Jugoslawiens durch die NATO-Staaten im Jahr 1999 erinnern. Damals war ein OSZE-Teilnehmerstaat – die Bundesrepublik Jugoslawien – einem durch nichts provozierten Angriff mehrerer anderer Teilnehmerstaaten unserer Organisation ausgesetzt. Die europäischen Bürgerinnen und Bürger verfolgten den Verlauf dieser barbarischen Operation von den Stränden an der Adria, wo sie in der Sonne lagen. Tatsache ist jedoch, dass in den 78 Tagen, die die Militäroperation dauerte, 2 300 Raketen abgefeuert und 14 000 Bomben abgeworfen wurden, darunter auch Munition mit abgereichertem Uran. Kampfflugzeuge flogen rund 38 000 Einsätze. Dabei wurden rund 3 500 Zivilpersonen getötet, unter ihnen 90 Kinder; 12 500 Menschen wurden verletzt. Mehr als 200 000 Serbinnen und Serben wurden zur Flucht aus dem Kosovo gezwungen. Ich kann mich nicht erinnern, dass damals irgendwelche Sanktionen gegen diejenigen verhängt wurden, die sich auf dieses verbrecherische Abenteuer eingelassen haben.

1999 haben die NATO-Staaten ihre Bombenangriffe unter humanitären Vorwänden durchgeführt. Warum also haben die westlichen Staaten acht Jahre lang die Verbrechen der ukrainischen Nationalistinnen und Nationalisten in der Ostukraine und das Leid der mehr als 4 Millionen Einwohner von Donezk und Luhansk – alles einfache Bürgerinnen und Bürger, die sie stets als „prorussische Separatistinnen und Separatisten“ bezeichnen – nicht zur Kenntnis genommen? Warum haben sie nicht ihre Empörung über den Krieg zum Ausdruck gebracht, den die ukrainische Regierung gegen die Bewohner des östlichen Teils des Landes angezettelt hat und in dessen Verlauf zivile Gebiete unter Artilleriefeuer und Beschuss durch Mehrfachraketenwerfer-Systeme geraten sind? Und wo war die Reaktion auf die Äußerungen des damaligen ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko in Odessa, als er versprach, dass die Kinder in der Ukraine zur Schule gehen würden, während die Kinder im Donbass – ich zitiere wörtlich – „in Kellern sitzen“ würden?

Zwei Erklärungen drängen sich auf. Die erste ist eine Einstellung gegenüber der russischsprachigen Bevölkerung des Donbass, diese als Menschen „zweiter Klasse“ zu betrachten – als Menschen, für die die grundlegenden Normen der Menschlichkeit und Ethik nicht gelten. Man kann nicht umhin, Parallelen zu gewissen tragischen Kapiteln der europäischen Geschichte aus der Mitte des letzten Jahrhunderts zu ziehen. Die zweite Erklärung ist, dass diese Situation jemandem nützte. In all den Jahren seit dem Staatsstreich von 2014 haben die westlichen Staaten nichts anderes getan, als die ukrainische Regierung zu

solchen menschenverachtenden Handlungen zu ermutigen, Waffen in das Land zu bringen und Militärausbilderinnen und -ausbilder dorthin zu schicken, wodurch sie die Ukrainerinnen und Ukrainer zu bewaffneten Provokationen gegen die Bevölkerung des Donbass angestachelt haben, die sich selbst verteidigte und die Ukraine nicht angriff.

Die aktuellen Ankündigungen mehrerer NATO-Staaten, weitere militärische Güter, diesmal auch tödliche Waffen, in die Ukraine zu liefern, betrachten wir als Fortsetzung der unverantwortlichen Politik, die darauf abzielt, eine militärische Eskalation in der Ukraine direkt herbeizuführen. Dabei geht es nicht nur darum, dass sich solche Schritte in keiner Weise mit den Friedensappellen eben dieser Länder vereinbaren lassen. Die Lieferung von Waffen an das Regime in Kyjiw, die gegen russische Militärangehörige und die Zivilbevölkerung eingesetzt werden können, birgt Risiken, die absolut inakzeptabel sind. Wir glauben, dass es jetzt von größter Wichtigkeit ist, Situationen und Zwischenfälle zu vermeiden, die zu einer direkten Konfrontation zwischen Russland und der NATO führen könnten. Wir legen allen dringend nahe, gründlich darüber nachzudenken.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.



**1360. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1360, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION KANADAS**

Herr Vorsitzender,

ich hatte nicht die Absicht, mich zu diesem Punkt unter Aktuelle Fragen zu Wort zu melden, dessen Formulierung falsch und irreführend ist. Um jedoch auf die Erklärung der russischen Delegation zu antworten, möchte ich kurz von meinem Recht auf Erwidern Gebrauch machen.

Bevor ich zu meinem Hauptpunkt komme, habe ich eine Frage. Als die Pandemie im Jahr 2020 ausbrach und keine Impfstoffe zur Verfügung standen, wurde uns angeboten, online an den Sitzungen des Ständigen Rates teilzunehmen. Mir wurde von mehreren Kolleginnen und Kollegen erzählt, dass unser russischer Kollege damals durchklingen ließ, es mangle denjenigen, die nicht persönlich im Ständigen Rat erschienen, an Mut. Daher meine Frage an Botschafter Lukashevich, warum er heute nicht hier bei uns im Neuen Saal ist?

Aber vor allem möchte ich noch einmal betonen, dass das, was wir gerade von der russischen Delegation gehört haben, eine Aneinanderreihung von Unwahrheiten und Erfindungen ist. Wir alle können die ungeheuerlichen, verantwortungslosen Lügen, die wir gerade gehört haben, als solche erkennen. Die Wahrheit ist, dass das russische Militär in diesem Augenblick ukrainische Bürgerinnen und Bürger in einem Angriffskrieg überfällt und tötet. Ich habe sehr genau zugehört, was Botschafter Lukashevich gerade gesagt hat, und ich bin froh, dass er nicht so weit ging, das Wort Völkermord in den Mund zu nehmen; Völkermord – ein sehr schweres Verbrechen, das die russische Regierung in unverantwortlicher und unredlicher Weise als vorgeschobene Rechtfertigung für ihren Krieg gegen die Ukraine anführt. Lassen Sie uns Klartext reden: Die unverfrorene Behauptung, Russland reagiere auf einen Völkermord in der Ukraine, ist eine empörende Lüge, die von der russischen Regierung verbreitet wird. Die niemand glaubt. Sie ist auch eine Beleidigung: für das ukrainische Volk, für die Opfer tatsächlicher Völkermorde und für den Begriff von Wahrheit an sich. Ich muss das Orwellsche Doppeldenk von Botschafter Lukashevich zurückweisen, der den Krieg, den das russische Militär gegen das ukrainische Volk begonnen hat, als „militärische Spezialoperation“ bezeichnet. Darum handelt es sich keinesfalls. Es handelt sich um einen Krieg, der von Russland nur deshalb geführt wird, weil das ukrainische Volk sein eigenes souveränes und demokratisches Land haben will.

Wie ich bereits sagte, Herr Vorsitzender, glaubt niemand den Lügen, mit denen die russische Regierung ihren Angriffskrieg gegen die Ukraine zu rechtfertigen sucht. Die gestrige Abstimmung in der Generalversammlung der Vereinten Nationen zeigt deutlich, dass die Desinformationskampagne der russischen Regierung gescheitert ist, denn nur vier Länder stimmten mit Russland gegen die Resolution: Belarus, Russlands Mitstreiter in diesem Krieg, Nordkorea, Syrien und Eritrea. Die Welt kennt die Wahrheit.

Hier bei der OSZE ist es unsere Aufgabe, einen Dialog zu führen. Dabei ist es von größter Wichtigkeit, dass der Dialog von Fakten und nicht von Lügen und Desinformation ausgeht.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

---

**1360. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1360, Punkt 3 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION LETTLANDS**

Herr Vorsitzender,

die russische Delegation besteht darauf, dass wir jetzt die Geschäftsordnung der OSZE erörtern.

Ich möchte daran erinnern, dass keine internationale Organisation, auch nicht die OSZE, ausschließlich auf der Grundlage einer Geschäftsordnung oder ihres Statuts oder ihrer Charta arbeitet. Wir alle bewegen uns in einem umfassenderen völkerrechtlichen Rahmen, in dem auch die internationalen Organisationen tätig sind.

Das Völkerrecht besteht aus schriftlichen Normen und internationalen Übereinkünften, die unterzeichnet und ratifiziert wurden. Das Völkerrecht umfasst die Entscheidungen internationaler Gerichte. Und das Völkerrecht beinhaltet auch völkerrechtliche Grundsätze.

Da Russland sich nicht einmal an die von ihm selbst unterzeichneten und ratifizierten schriftlichen internationalen Übereinkünfte hält, dürfte es ihm auch schwerfallen zu begreifen, dass es völkerrechtliche Grundsätze gibt.

Doch es gibt sie und sie sind fester Bestandteil des Völkerrechts.

Zu diesen Grundsätzen gehört das *ius cogens* oder zwingende Normen, das heißt, Normen, von denen unter keinen Umständen abgewichen werden darf. Gegenwärtig verstößt die Russische Föderation gegen diese Normen oder verstößt – genauer gesagt – nach wie vor dagegen.

Dann gibt es den Grundsatz *erga omnes*, der besagt, dass die gesamte internationale Gemeinschaft, also wir alle, die Pflicht und Schuldigkeit haben, Verstößen gegen das *ius cogens* mit allen verfügbaren Mitteln Einhalt zu gebieten.

Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, einem Krieg mit Verfahrensregeln beizukommen.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und möchte höflich darum ersuchen, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

**1360. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1360, Punkt 5 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION KANADAS  
(AUCH IM NAMEN VON ALBANIEN, ANDORRA, BELGIEN,  
BOSNIEN UND HERZEGOWINA, BULGARIEN, DÄNEMARK,  
DEUTSCHLAND, ESTLAND, FINNLAND, FRANKREICH,  
GEORGIEN, GRIECHENLAND, IRLAND, ISLAND, ITALIEN,  
KROATIEN, LETTLAND, LIECHTENSTEIN, LITAUEN,  
LUXEMBURG, MALTA, MOLDAU, MONACO, MONTENEGRO, DEN  
NIEDERLANDEN, NORDMAZEDONIEN, NORWEGEN,  
ÖSTERREICH, POLEN, PORTUGAL, RUMÄNIEN, SAN MARINO,  
SCHWEDEN, DER SCHWEIZ, DER SLOWAKEI, SLOWENIEN,  
SPANIEN, DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK, DER TÜRKEI,  
UNGARN, DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH, DEN VEREINIGTEN  
STAATEN VON AMERIKA UND ZYPERN)**

Herr Vorsitzender,

ich gebe diese Erklärung im Namen von Albanien, Andorra, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Island, Liechtenstein, Moldau, Monaco, Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen, San Marino, Serbien, der Schweiz, der Türkei, dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten von Amerika, den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und Kanada ab.

Heute werden unsere Delegationen das folgende Schreiben an den Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), Matteo Mecacci, senden, mit dem sie, unterstützt von der Ukraine, den Moskauer Mechanismus in Gang setzen, da wir angesichts der humanitären Auswirkungen des russischen Einmarschs und der damit verbundenen möglichen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit große Besorgnis hegen.

„Herr Direktor Mecacci,

am 24. Februar 2022 ist die Russische Föderation unterstützt von Belarus in die Ukraine einmarschiert, um gegen diese einen Krieg zu beginnen. Dieser neuerliche

Einmarsch fand vor dem Hintergrund der fortgesetzten russischen Aggression gegen die Ukraine statt, die seit 2014 die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und Hoheitsgewässer verletzt.

Die Delegationen von Albanien, Andorra, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Island, Irland, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Monaco, Montenegro, den Niederlanden, Nordmazedonien, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Serbien, der Slowakei, Slowenien, Spanien, Schweden, der Schweiz, der Tschechischen Republik, der Türkei, Ungarn, dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten von Amerika und Zypern setzen nach bilateralen Konsultationen mit der Ukraine im Rahmen des Wiener Mechanismus (menschliche Dimension) den Moskauer Mechanismus (menschliche Dimension) gemäß Absatz 8 des genannten Dokuments in Gang. Wir ersuchen das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), bei der Ukraine anzufragen, ob sie mit der Einladung einer Expertenmission einverstanden ist, die sich mit den menschenrechtlichen und humanitären Auswirkungen der von Belarus unterstützten Invasion und Kriegshandlungen der Russischen Föderation auf die Bevölkerung der Ukraine innerhalb der international anerkannten Grenzen und Hoheitsgewässer der Ukraine befasst.

Die Expertenmission könnte, sofern die Ukraine zustimmt, unter anderem mit folgenden Aufgaben betraut werden:

- Feststellung der Tatsachen und Umstände möglicher Verstöße gegen OSZE-Verpflichtungen sowie von Verletzungen und Missachtungen der internationalen Menschenrechtsnormen und des humanitären Völkerrechts;
- Feststellung der Tatsachen und Umstände möglicher Fälle von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, einschließlich vorsätzlicher und unterschiedsloser Angriffe auf die Zivilbevölkerung und zivile Infrastruktur, und Sammlung, Auswertung und Analyse dieser Informationen, um sie an einschlägige Rechenschaftsmechanismen sowie an nationale, regionale oder internationale Gerichte weiterzuleiten, die zuständig sind oder in Zukunft zuständig sein könnten.

Wir ersuchen ferner darum, dass ODIHR, sollte die Ukraine einer Expertenmission zustimmen, alle einschlägigen Informationen oder Unterlagen, die sich aus dieser Mission ergeben, anderen geeigneten Rechenschaftsmechanismen sowie nationalen, regionalen oder internationalen Gerichten oder Tribunalen, die zuständig sind oder künftig zuständig sein könnten, zur Verfügung stellt."

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

---

**1360. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1360, Punkt 5 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Herr Vorsitzender,

im Namen meines Landes möchte ich noch einige Anmerkungen zur gemeinsamen Erklärung anbringen, die Kanada im Namen von 45 Teilnehmerstaaten, einschließlich des Vereinigten Königreichs, abgegeben hat.

Das Vereinigte Königreich unterstützt nachdrücklich den gemeinsamen Beschluss, den Moskauer Mechanismus in Gang zu setzen. Wir sind äußerst besorgt über die humanitären Auswirkungen der russischen Invasion und das Risiko damit verbundener Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

In unserer heutigen Erklärung haben wir nur einige der vielen verabscheuungswürdigen Vorfälle erwähnt, die sich seit Beginn der unprovokierten, vorsätzlichen und völlig ungerechtfertigten Invasion durch Russland ereignet haben.

Wir haben darin auch auf die unverhältnismäßigen und unterschiedslosen Angriffe der russischen Regierung auf zivile Gebiete hingewiesen. Auf die Bombardierung von ukrainischen Dörfern, Städten und Ortschaften. Auf den Einsatz schwerer Artillerie in dicht besiedelten Gebieten, der Opfer unter der Zivilbevölkerung forderte. Einige dieser Angriffe richteten sich auch gegen kritische zivile Infrastruktur. Auf die Schulen und Kindergärten, die dabei beschädigt wurden, auf die Wohngebäude, die zerstört wurden. Auf die entsetzlichen Verluste an Menschenleben unter der Zivilbevölkerung.

Herr Vorsitzender,

das Vorgehen Russlands in der Ukraine hat schwerwiegende und weitreichende Folgen. Es ist wichtig, dass die heute eingesetzte Mission die Tatsachen und Umstände dessen feststellt, was Russland in der Ukraine anrichtet, und dass die aus dieser Mission gewonnenen Informationen oder Dokumentationsunterlagen an andere geeignete Rechenschaftsmechanismen sowie an nationale, regionale oder internationale Gerichte weitergeleitet werden, die zuständig sind oder in Zukunft zuständig sein könnten.

Herr Vorsitzender,

Russland wird für seine Handlungen zur Rechenschaft gezogen werden.

Ich bitte um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.



**1360. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1360, Punkt 5 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Die Vereinigten Staaten schließen sich der von meiner kanadischen Kollegin abgegebenen gemeinsamen Erklärung vollumfänglich an. Im Namen meines Landes möchte ich noch Folgendes hinzufügen.

Die Vereinigten Staaten haben heute zusammen mit 44 anderen Ländern den Moskauer Mechanismus in Gang gesetzt und die Ukraine ersucht, eine Expertenmission einzuladen, die sich mit den schwerwiegenden Besorgnissen hinsichtlich der Menschenrechte und der humanitären Auswirkungen des weiteren Einmarschs Russlands in die Ukraine befassen soll. Wir alle haben besorgniserregende Medienberichte über mögliche Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Recht durch die russischen Invasionstruppen verfolgt. Diese Berichte geben die grauenvolle Zunahme der Zahl von Opfern unter der Zivilbevölkerung und der umfangreichen Schäden an der zivilen Infrastruktur wieder.

Die Expertenmission soll unparteiisch die Tatsachen zu möglichen Verstößen gegen OSZE-Verpflichtungen und Verletzungen der internationalen Menschenrechtsnormen und des humanitären Völkerrechts durch die russischen Streitkräfte dokumentieren und feststellen.

Die Fakten sind wichtig. Das ist das Motto der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM). Und die OSZE-Verpflichtungen sind wichtig. Und die völkerrechtlichen Verpflichtungen sind wichtig. Kein noch so große Menge an Lügen kann die Fakten zum Verschwinden bringen oder die blutigen Ergebnisse der russischen Aggression überdecken.

Die Expertenmission wird einen Bericht erstellen, der ihre Ergebnisse dokumentiert und allen OSZE-Teilnehmerstaaten zur Verfügung gestellt wird. Die Mission wird ihren Bericht auch im Hinblick darauf erstellen, ihn den einschlägigen Mechanismen für Rechenschaftspflicht, einschließlich nationaler, regionaler und internationaler Gerichte, vorzulegen.

Die russische Regierung und ihre Streitkräfte werden für jegliche Menschenrechtsverletzungen, Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und Kriegsverbrechen, die sie in der Ukraine begehen, zur Rechenschaft gezogen werden.

Ich ersuche darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

**1360. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1360, Punkt 5 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER UKRAINE**

Herr Vorsitzender,

Bezug nehmend auf die gemeinsame Erklärung von 45 Teilnehmerstaaten über die Aktivierung des Moskauer Mechanismus der OSZE im Hinblick auf die Befassung mit dem Einmarsch und den Kriegshandlungen Russlands gegen die Ukraine möchte die Delegation der Ukraine ihre volle Unterstützung für diese gemeinsame Initiative bekräftigen.

Wir sind tief beeindruckt von der überwältigenden Unterstützung, die im Anschluss an bilaterale Konsultationen im Rahmen des Wiener Mechanismus der menschlichen Dimension von den Teilnehmerstaaten für die Notwendigkeit zum Ausdruck gebracht wurde, den Moskauer Mechanismus in Gang zu setzen, um Verletzungen der OSZE-Verpflichtungen, des Völkerrechts, der internationalen Menschenrechtsnormen und des humanitären Völkerrechts zu untersuchen und zu dokumentieren; das Hauptaugenmerk solle dabei auf Beweisen für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit liegen, unter anderem aufgrund zahlreicher gezielter und unterschiedsloser Angriffe gegen Zivilpersonen und zivile Objekte durch die russischen Streitkräfte im Zuge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine.

Wir machen den Ständigen Rat darauf aufmerksam, dass die erwähnten fortgesetzten Verletzungen und Verbrechen Russlands auf dem souveränen Hoheitsgebiet der Ukraine ein Ausmaß erreicht haben, wie es die internationale Gemeinschaft in Europa seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt hat, und dass dringend gehandelt werden muss, um diese Generation vor den Gräueln eines Krieges zu bewahren.

Wir weisen den Ständigen Rat auch auf die folgenden Fakten hin:

- Am 25. Februar haben die Mitgliedstaaten des Europarats als Reaktion auf die schwerwiegenden Verstöße Russlands gegen seine Verpflichtungen aus Artikel 3 der Satzung des Europarats den Beschluss gefasst, der Russischen Föderation ihr Recht auf Vertretung im Europarat zu entziehen.
- Am 28. Februar gab der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs seine Entscheidung bekannt, Ermittlungen zur Situation in der Ukraine einzuleiten. Die

Ermittlungen sollen sich auch auf alle neuen mutmaßlichen Straftaten erstrecken, die in die Zuständigkeit seines Amtes fallen.

- Am 1. März wies der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Russland an, die Bombardierung und Beschießung ziviler Objekte in der Ukraine, einschließlich Wohnhäusern, Einsatzfahrzeugen und anderen besonders geschützten zivilen Objekten wie Schulen und Krankenhäusern, einzustellen und unverzüglich die Sicherheit der medizinischen Einrichtungen, des medizinischen Personals und der Rettungsfahrzeuge in den von den russischen Truppen angegriffenen oder belagerten Gebieten zu gewährleisten. Die Anordnung des Gerichtshofs ist bindend.
- Am 1. März beschloss der Internationale Gerichtshof (IGH), am 7. und 8. März 2022 eine öffentliche Anhörung zum Vorwurf des Völkermords gemäß dem Übereinkommen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermords (Ukraine gegen Russische Föderation) durchzuführen. Die Ukraine hat gefordert, Russland zur Rechenschaft dafür zu ziehen, dass es den Begriff des Völkermords fälschlich verwendet, um seine Aggression gegen die Ukraine zu rechtfertigen, und dass es die Verpflichtung aus der Völkermordkonvention zur Verhinderung und Bestrafung von Völkermord missbraucht hat. Die Ukraine hat beim IGH beantragt, Russland unverzüglich zur Einstellung der Kampfhandlungen aufzufordern.
- Am 2. März nahm die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit den Stimmen von 141 Staaten die Resolution „Aggression gegen die Ukraine“ an, in der die Versammlung insbesondere
  - ihr Bekenntnis zur Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich ihrer Hoheitsgewässer bekräftigt;
  - auf das Schärfste die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine unter Verstoß gegen Artikel 2 Absatz 4 der Charta missbilligt;
  - verlangt, dass die Russische Föderation ihre Gewaltanwendung gegen die Ukraine sofort einstellt und jede weitere rechtswidrige Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen jedweden Mitgliedstaat der VN unterlässt.

Abschließend möchte ich allen Teilnehmerstaaten, die sich der Aktivierung des Moskauer Mechanismus der menschlichen Dimension der OSZE angeschlossen haben, um sich mit dem Einmarsch Russlands und den Kriegshandlungen gegen die Ukraine zu befassen, unsere tiefe Dankbarkeit bekunden und unsere Bereitschaft erklären, eine Expertenmission im Einklang mit den Verfahren des Moskauer Mechanismus der OSZE einzuladen.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.

**1360. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1360, Punkt 5 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

wir haben die Erklärung zur Kenntnis genommen, die von der Vertreterin Kanadas im Namen einiger anderer OSZE-Teilnehmerstaaten abgegeben wurde.

Unsere Haltung zur Nutzung der Menschenrechtsmechanismen der OSZE – des Wiener und des Moskauer Mechanismus – ist unverändert. Wir halten ihren Einsatz zum Zwecke der Verschärfung von Schuldzuweisungen und zur bewussten Politisierung und Dämonisierung einzelner OSZE-Teilnehmerstaaten für inakzeptabel und kontraproduktiv. Ich möchte betonen, dass die Mechanismen, die die Organisation bereithält, für eine konstruktive Zusammenarbeit, den Informationsaustausch und die Stärkung des gegenseitigen Vertrauens geschaffen wurden und nicht für kollektive Angriffe.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Verbalnote SEC.DEL/193/99 vom 17. Mai 1999 lenken, die von der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der OSZE in der Organisation verteilt wurde, als Antwort auf die Forderung der Russischen Föderation, einen ähnlichen Mechanismus im Zusammenhang mit der Bombardierung des ehemaligen Jugoslawien als Verletzung der Normen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte einzuleiten. Die Erklärung der US-Delegation zu dieser Initiative Russlands ist bemerkenswert (Zitat in Originalsprache): „Die Berechtigung dieser wesentlichen Prinzipien und Verpflichtungen, einschließlich des Wiener und des Moskauer Mechanismus, kann jedoch Schaden nehmen, wenn diese Mechanismen unter falschen Voraussetzungen eingesetzt werden. Diese Mechanismen sind nicht dafür gedacht, jemanden anzuklagen, sondern zur Informationsgewinnung und Stärkung des wechselseitigen Vertrauens.“

Im gegenständlichen Fall wird aber mit der Aktivierung des Moskauer Mechanismus in Bezug auf Russland ebendieses Ziel eines kollektiven Angriffs verfolgt. Das geht nicht zuletzt ganz deutlich aus der Formulierung des unter „Sonstiges“ angeführten Tagesordnungspunkts hervor. Zunächst einmal ist die Formulierung falsch. Russland führt keine „Invasion“ oder „Kriegshandlungen“ auf dem Hoheitsgebiet der Ukraine durch. Es läuft eine militärische Spezialoperation mit dem Ziel, die Ukraine zu entmilitarisieren und zu entnazifizieren, die Bevölkerung des Donbass vor den kriminellen Handlungen des Regimes

in Kyjiw zu schützen und auch die Russische Föderation vor der militärischen Bedrohung durch die NATO zu schützen. Wir haben den Ständigen Rat erst vor wenigen Stunden ausführlich darüber informiert.

Darüber hinaus stellt sich die immer wiederkehrende Frage: Warum wurde beispielsweise der Moskauer Mechanismus nicht in gleicher Weise gegenüber der ukrainischen Regierung angewandt, wo doch acht Jahre lang zivile Gebiete in den Volksrepubliken Donezk und Luhansk unter Artilleriebeschuss der ukrainischen Streitkräfte standen und Zivilpersonen in diesen Regionen getötet wurden? Dort haben Sie keine „humanitären Folgen“ gesehen. Oder warum wurde er nicht in Bezug auf diejenigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union angewandt, in denen es jetzt zu beispiellosen massiven Schikanen gegen Russinnen und Russen, darunter auch Kinder, gekommen ist und in denen das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Medienfreiheit in grober Weise verletzt werden, bis hin zur völlig ungerechtfertigten Zensur russischsprachiger Informationsquellen? Was Kanada anbelangt, so würden wir dazu raten, sich nicht auf politische Spitzfindigkeiten einzulassen, sondern sich mit dem eigenen Trucker-Problem zu befassen.

Und zu guter Letzt: Zu Beginn dieser Sitzung erklärte der Vorsitzende des Ständigen Rates, dass die OSZE, wie wir sie einmal kannten, aufgehört habe zu existieren. Das würde bedeuten, dass für ihn auch der Moskauer Mechanismus als Instrument nicht mehr in Betracht kommt.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

**1360. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1360, Punkt 5 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION KANADAS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich möchte von meinem Recht auf Erwidierung Gebrauch machen, um auf die Auslassungen der Russischen Föderation zu antworten.

Zunächst möchte ich die volle Unterstützung Kanadas für die soeben von der Europäischen Union abgegebene Erklärung bekunden.

Zweitens möchte ich klarstellen, dass der Moskauer Mechanismus in Bezug auf die Ukraine in Gang gesetzt wird, die dies auch begrüßt hat. Stünden nicht russische Truppen in der Ukraine, wäre der Moskauer Mechanismus nicht notwendig. Die Behauptung, Russland setze den Moskauer Mechanismus nicht ein, „weil er ein politisches Instrument ist“, kann ich nicht nachvollziehen. Es steht der Russischen Föderation frei, den Moskauer Mechanismus in Gang zu setzen, wann immer sie will. Aber sie muss mindestens fünf andere Teilnehmerstaaten finden, die sich mit ihr darauf verständigen. Das ist die Herausforderung für Russland.

Kanada weist den Vorwand entschieden zurück, den Botschafter Lukashevich soeben für den Angriff der russischen Regierung auf die Ukraine genannt hat, Russland müsse die Ukraine „entmilitarisieren“ und „entnazifizieren“. Was die „Entmilitarisierung“ betrifft, so kann ich wirklich nicht verstehen, warum sich der Kreml einseitig das Recht anmaßt, seinen Nachbarn entmilitarisieren zu müssen. Und zwar ausgerechnet durch den Einsatz militärischer Gewalt gegen diesen Nachbarn. Diese absurde Vorstellung verstößt gegen eine lange Liste von Grundsätzen der Charta der VN, der Schlussakte von Helsinki und des Völkerrechts. Was die „Entnazifizierung“ anbelangt, so ist es eine Schande, dass wir das überhaupt einer Antwort würdigen müssen. Dass der Kreml eine Regierung als Nazi-Regierung abstempelt, die von einem Präsidenten jüdischer Abstammung geführt wird, ist absurd und geht weit über das Lächerliche hinaus, insbesondere so kurze Zeit nachdem in dieser Woche russische Raketen die Holocaust-Gedenkstätte Babyn Yar getroffen haben. Darüber hinaus ist diese verquere und bösertige Wortwahl auch zutiefst beleidigend und pietätlos gegenüber den 20 Millionen Russinnen und Russen, die im Zweiten Weltkrieg im Kampf gegen die Nazis ihr Leben ließen. Damit wird ihr Opfer und ihre wichtige Rolle in der Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts verunglimpft.

Herr Vorsitzender, die russische Delegation beleidigt diesen Rat, indem sie immer wieder Lügen erzählt und Realitätsverdrehungen in die Welt setzt. Ihre Erklärungen enthalten jeglichen Wahrheitsgehalts. Wir müssen uns bei unserer Debatte auf die Wahrheit und auf Fakten stützen. Das Sammeln von Fakten ist die Aufgabe des Moskauer Mechanismus und ist daher von entscheidender Bedeutung im Zusammenhang mit diesem Krieg, den Russland angezettelt hat.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche höflich um Aufnahme meiner Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.